

p.s.

DIE LINKE ZÜRCHER ZEITUNG
NR. 09/10. MÄRZ 23

Hast du
Nein
gesagt?



Buchbeilage



SOZIALPOLITIK

Eine 13. AHV-Rente: Gute Idee oder Missgriff?

SEITE 18 - 19

8. MÄRZ
**Lautstark gegen
Diskriminierung**

S. 17

SEXUALISIERTE GEWALT
**Wenn die Gerechtigkeit
ausbleibt**

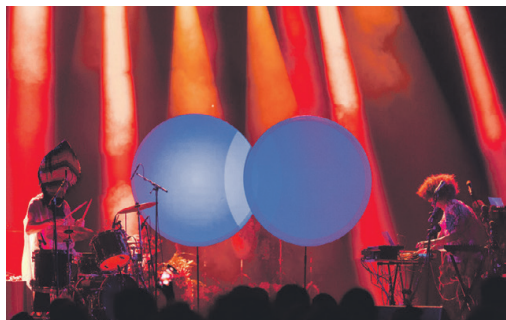
S. 12 - 13

«DAS DOPPEL» IM THEATER TICINO
**Autor und Figur streiten
sich über die Denkhöhe**

S. 23

Klanguniversum

Weil der Mensch dreizehn Wiederholungen benötigt, bis eine Veränderung den Schritt in die Selbstverständlichkeit hinter sich gebracht hat,

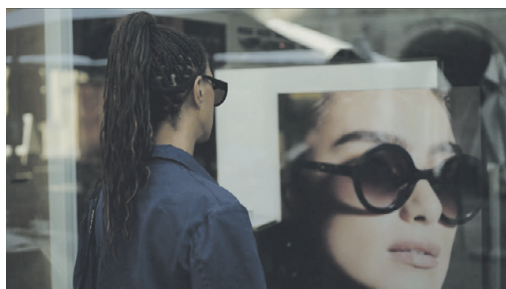


also endlich verinnerlicht ist, macht das Avantgarde-Electronica-Duo «OY», Joy Frempong und Melodydreamer, aus «Black Lives Matter» kurzerhand den Refrain für ihren Song «Place des Clichés». Das Duo arbeitet seit 2014 zusammen und bringt jetzt mit «World Wide We» seine allerneueste Veröffentlichung mit. Darauf vermengt es inhaltliche Dringlichkeit mit einem unerschütterlichen Hang zum Optimismus, was ihm in der Vergangenheit hymnische Kritiken einbrachte. Eine nur einsilbige Verortung des Stils bringt niemand übers Herz, verfügt nicht über ein ausreichendes Vokabular oder hält es schlechterdings für unnützlich. Klar wird, «OY» beweist, welche Kraft in Musik steckt, es changiert zwischen Gebet und Kunst, bringt Noten zum Tanzen, oder kurz: «A vision that feels particularly relevant.» *froh.*

OY: «**World Wide We**», Fr, 10.3., 21h, Bogen F, Zürich.

Vorstellungskraft

Als Mann, der die Langstrasse entlang geht, ist es unmöglich, die davon verschiedene Erfahrung, die eine Frau bei gleicher Gelegenheit machen muss, nur schon zu visualisieren. Erst nebeneinander gehend offenbart sich die Kluft. Auf die Frage, «ist das immer so», folgt ein müde lächelndes «heute gings ja noch». Rachel M'Bon und Juliana Fanjul ermöglichen Vergleichbares mit einer (ebenso



theoretisch bleibenden) Nachfühbarkeit damit, was es heisst, als Person of Colour in der Schweiz aufzuwachsen und zu leben. Fünf Frauen, von der Rechtsanwältin bis zur Bankdirektorin, erzählen in «Je suis noires» von den damit einhergehen-

den Auswirkungen. Es sind anekdotisch wirkende Sequenzen, die sich eine als weiss gelesene Person, der Respekt in der Kinderstube zuoberst ins Pflichtenheft geschrieben worden ist, kaum vorstellen zu trauen würde. *froh.*

«**Je suis noires**», Fr, 10. bis 15.3., div. Spielzeiten, Kino Xenix, Zürich. Fr, 10.3. bis So, 2.4., div. Spielzeiten, Kino Cameo, Winterthur.

Einzelgänger

Der «lesende Mönch» gehört mittlerweile mit zur persönlichen Begrüssungsrunde der alten Bekannten, wenn den Sinnen nach Kunstentspannung ist oder die Arbeit ins Kunstmuseum Winterthur / beim Stadthaus lockt. Sein Schöpfer, der Einzelgänger Odilon Redon (1840 – 1916), gehörte mit zur Riege der französischen Künstler mit einem direkten Draht nach Winterthur nach der vorletzten Jahrhundertwende und blieb in jüngerer Vergangenheit der einzige, dem kein



Odilon Redon «Tête de Persée», Kröller Müller Museum, NL. (Foto Rik Klein Gotink)

Hauptaugenmerk geschenkt worden ist. Die Kuratorin Andrea Lutz ändert das jetzt. Ihr Fokus liegt auf dem reichhaltigen drucktechnischen Werk, von dem sich vier vollständige Serien im Besitz der hauseigenen Sammlung befinden. Er war ein hochmoderner Zeitgenosse, der sich mit Traum und Wirklichkeit, Natur und Imagination und zu einem späteren Zeitpunkt mit visionärer Farbigkeit beschäftigte. *froh.*

«**Redon. Rêve et réalité**», 11.3. bis 30.7., Kunst Museum Winterthur / Reinhart am Stadtgarten, Winterthur. Vernissage: Fr, 10.3., 18.30h, ebenda.

Traueranlass

Da hingen sie am Kleiderbügel, Céline Rey und David Melendy, einfach so, und verzauberten ihr Publikum mit körperlich clownesk ausgeschmückten philosophischen Betrachtungen über den Sinn des Lebens. Die Begegnung mit «Hang up» ist mittlerweile schon wieder fünf Jahre her und nur wenig später fand sich auch die Jury des Schweizer Kleinkunstpreises davon am Herzen berührt. Für ihre aktuelle Arbeit haben sie sich vom Duo «Les Diptik» zu einer Compagnie erweitert und feiern



(Auzan Julien James)

in «Septik» Beerdigung. Die Vorschaubilder erinnern an zurückliegende, ergo glücklichere Zeiten, in denen die tötelig-glamourös-schrägen Humors-hows von «The Tiger Lillies» mehreren Theatern in der Region volle Ränge bescherten und ein Publikum via Frohmutsuggestion mit ihren anarchischen Gedanken fütterten. Auch «Septik» verspricht zirzensische Tragikomik mit Blaskapellentumm-tata. Schliesslich ist auch ein Traueranlass Grund für ein Fest. *froh.*

Les Diptik: «**Septik**», So, 12.3., 19h, Theater am Gleis, Winterthur.

Flirt mit den Tränen

Wer hat keine Träne verdrückt, als bekannt wurde, dass James Cameron mit seinem zweiten «Avatar» seine eigene Kultschmonzette «Titanic» vom Thron des meistbesuchten Kinoerfolges aller Zeiten gestossen hatte? Tränen waren es schliesslich auch, die Leonardo di Caprio und Kate Winslet vor 26 Jahren in diese Sphären katapultiert hatten. Der Berner «Theater Club 111» und Meret Matter sind eher dafür bekannt, längst ausgeweint zu sein, was sie ihren Fokus tendenziell auf die Humoreske legen lässt. Nach den 68er-Revolluzzern folgt jetzt – praktisch total konsequent – der Untergang der Titanic. Schliesslich passt die dortige Anekdote über das Streicherquartett, das bis zum bitteren



Ende weitergespielt haben soll, sehr gut in unsere Zeit, auch wenns niemand laut sagt. Also fast. Aber allein die Zusammensetzung des Ensembles lässt einen Flirt mit den Tränen wieder für angebracht erscheinen: die vor Lachen. *froh.*

«**Titanic live**», Di/Mi, 14./15.3., 20h, Theater Rigiblick, Zürich.

«Wir sind eine wohltätige Stiftung, nicht eine Immobilienfirma»

Eine Stiftung, die sich für gebrechliche und bedürftige Menschen einsetzt, verkauft ihre älteren Liegenschaften in Zürich-Hirslanden an die Meistbietenden: Günstige Mieten seien nicht der Stiftungszweck.

Nicole Soland

Am 2. Februar erhielten die Mieter:innen der Wohnungen an der Forchstrasse 114–120 in Zürich-Hirslanden ein Schreiben von ihrer Verwaltung, dem Hauseigentümerverband (HEV). Darin stand, dass die Besitzerin, die Huber-Graf und Billeter-Graf Stiftung, die Liegenschaften verkaufen wolle und die Haupt Immobilien AG in Zollikon damit beauftragt wurde. Dies geht aus einem Brief hervor, mit dem die Mieter:innen die Stiftung um Auskunft bitten und der P.S. vorliegt. Im Schreiben sei ausgeführt, «dass unsere Mietverträge durch den Kauf durch eine neue Eigentümerschaft «nicht tangiert» würden und «ganz normal weiterlaufen», halten sie fest. Dennoch erfülle der Verkauf sie «mit grosser Sorge», denn: «Eine neue Eigentümerschaft könnte die bestehenden Mietverhältnisse im Hinblick auf eine Sanierung der Häuser jederzeit aufkündigen oder je nach Natur und Ausmass der Sanierungspläne massgeblich verändern.» Entsprechend bitten sie die Stiftung um eine Stellungnahme bis 24. Februar.

Dass ihre Sorge kaum unbegründet ist, betont auch Mischa Schiow, der für die AL den Kreis 7/8 im Gemeinderat vertritt. Er weist darauf hin, dass die Häuser unter dem Titel «Einmalige Gelegenheit für Investoren» letzte Woche auf der Webseite der Haupt Immobilien AG ausgeschrieben waren, und zwar so: «Mehrfamilienhaus mit erheblichem Potenzial/Neubau in Zürich.» Vermerkt sind weiter das Baujahr 1914 und die Grundstücksfläche von 1003 m². Der ausgeschriebene Mindestverkaufspreis beträgt 20 Millionen Franken.

Erst kürzlich noch saniert

Zurück zu den langjährigen Mieter:innen: Sie möchten gern wissen, weshalb die Stiftung die Häuser überhaupt verkaufen will, wie einer der Mieter, René Schoenenberger, am Dienstag auf Anfrage erklärte. Am Telefon habe er zwar eine Antwort erhalten, diese sei jedoch unbefriedigend ausgefallen: Die Stiftung stelle sich auf den Standpunkt, damit, was mit den Mieter:innen passiere, habe sie nichts zu tun. Auf eine schriftliche Antwort der Stiftung auf den Brief der Mieter:innen warte man jedoch bislang vergeblich. Darauf an-



Die Mehrfamilienhäuser an der Forchstrasse 114–120 sollen an den Meistbietenden verkauft werden. (Mischa Schiow)

gesprochen legt Dieter Gessler, Stiftungsrat der Huber-Graf- und Billeter-Graf-Stiftung, P.S. einen entsprechenden Brief vor, datiert vom 28. Februar.

«Für die armen und kranken Leute ist doch die Stadt da, aber an bezahlbarem Wohnraum mangelt es, und den kann uns auch die Stadt nicht liefern!»

René Schoenenberger

René Schoenenberger führt weiter aus, erst vor wenigen Jahren seien im Haus, in dem er seit 33 Jahren wohnt, die obersten Wohnungen ausgebaut worden. Die Fenster und die Treppenhäuser seien neu gemacht worden, und eine neue, gemeinsame Heizung für alle vier Häuser habe man ebenfalls eingebaut. Und ganz grundsätzlich sieht René Schoenenberger nicht ein, weshalb sich die seit bald hundert Jahren bestehende Huber-Graf- und Billeter-Graf-Stiftung zwar laut Stiftungszweck der «Fürsorge für blinde, taubstumme, krüppelhafte und gebrechliche Personen sowie sonst bedürftige Personen, usw.» verpflichtet, aber sich nicht um das Schicksal ihrer langjährigen Mieter:innen kümmert: «Für die armen und kranken Leute ist

doch die Stadt da, aber an bezahlbarem Wohnraum mangelt es, und den kann uns auch die Stadt nicht liefern!»

«Keine Stiftung für günstige Mieten»

Dieter Gessler hält dazu fest: «Die Liegenschaft ist in die Jahre gekommen, es wird Zeit für eine Sanierung, soweit sich eine solche bei über 100 Jahre alten Wohnungen noch lohnt. Das ist aber nicht unsere Aufgabe, und damit würden unsere Gelder nicht sinnvoll gemäss unserem Zweck eingesetzt. Wir sind eine wohltätige Stiftung, nicht eine Immobilienfirma. Wir wollen möglichst viel Geld generieren, um möglichst viele arme und behinderte Menschen unterstützen zu können.» Dies habe er den Mieter:innen im oben erwähnten Brief mitgeteilt. Man sei sich «bewusst, dass es zu Härtefällen kommen kann», führt er weiter aus: «Aber wir sind keine Stiftung für günstige Mieten. Es ist zwar schon gut, dass unsere Mieter profitieren konnten. Aber das ist nicht der Stiftungszweck. Dieser besteht darin, Gelder zu erwirtschaften, um sie für Bedürftige direkt einzusetzen. Die Stiftungsaufsicht hat uns denn auch die Auflage gemacht sicherzustellen, dass für die Liegenschaft ein möglichst hoher Verkaufspreis erzielt werden kann.» Auf die vor wenigen Jahren erfolgte Sanierung angesprochen, erklärt Dieter Gessler: «Eine Totalsanierung hätte viel gekostet, aber nur einen geringen Mehrwert generiert und damit den Stiftungszweck missachtet. Ich verweise dazu auf meine vorstehenden Ausführungen.»

Streit ums Referendum

Der Zürcher Kantonsrat kam mit der Beratung des neuen Gesetzes für das Universitätsspital am Montag nicht zum Ende, obwohl er fast nichts anderes beriet. Die grosse Streitfrage war die Frage des fakultativen Referendums bei Auslagerungen, wo sich die SVP auf die linke Seite schlug.

Koni Loeffle

Bevor ich über das Gesetz über das Universitätsspital schreibe, sei eine persönliche Erklärung von Urs Hans erwähnt, der auf die Ungerechtigkeit des Wahlmodus hinwies. Urs Hans, der seit dem Rausschmiss durch die Grünen als Parteiloser im Kantonsrat sitzt und sich als Kandidat auf der Liste «Aufrecht/Freie Liste» aufstellen liess, wies auf die Ungerechtigkeit hin, dass Kandidat:innen seiner Liste im Gegensatz zu jener der EDU und der AL nicht gewählt wurden, obwohl sie mit 2,15 Prozent mehr Stimmen als die EDU erhielten. Der Grund: Sie kamen in keinem Wahlkreis auf mindestens fünf Prozent der Stimmen, was nach dem geltenden Wahlgesetz (nicht nach Pukelsheim) Voraussetzung für die Wahl ist. Gemäss dem reinen Proportz hätte die freie Liste vier Sitze erhalten, einen mehr als die EDU und einen weniger als die AL. Man kann es auch anders sagen: Wer eine Wählerschaft in einem oder in wenigen Wahlkreisen vertritt, wird belohnt. Wer seine Wählerschaft auf den ganzen Kanton verteilt gewinnt, bestraft. Das ist leicht paradox und widerspricht dem Prinzip, dass alle demokratischen Anschauungen in einem Parlament ihre Berechtigung haben. Das gilt auch dann noch, wenn man froh ist, dass man nicht vier Vertreter:innen von Verschwörungstheorien jeden Montag zuhören muss.

Kernaufgaben

Das Gesetz über das Universitätsspital Zürich ist lediglich sechs Jahre alt. Damals erhielt das Spital deutlich mehr unternehmerischen Freiraum; unter anderem ist es zuständig für seine Immobilien. Dass das Gesetz nun schon wieder revidiert wird, liegt am Spital selber: Drei Kliniken des Spitals gerieten durch gravierende Fehler und die Unfähigkeit des Spitals, sie rasch und selber zu beheben, derart in die Schlagzeilen, dass das Spital wegen mangelndem Vertrauen Patient:innen verlor. Die Gesundheitsdirektion griff ein und auch das Parlament setzte eine kleine Untersuchungskommission ein, die ihren Bericht mit 75 Empfehlungen abschloss. Empfehlungen, die darauf abzielten, die Strukturen des Universitätsspitals so zu ändern, dass das Spital als Ganzes geführt werden kann und nicht mehr wie bisher aus tendenziell einzelnen Königreichen besteht, bei denen das Wort des Klinikdirektors auch dann noch gilt, wenn es sogar Patient:innen schaden kann. Zudem geht es auch darum, die verschiedenen Interessen der Beteiligten offen zu legen. Um es konkret zu schreiben: Ob ein Arzt bei einem Patienten eine Herzklappe einsetzt, weil er sie gut findet oder weil

er an der Firma, die die Herzklappe entwickelt, beteiligt ist, sollten die Patient:innen wenigstens wissen und somit auch beurteilen können.

In diesen Punkten herrscht im Kantonsrat eine grundsätzliche Einigkeit, zumindest wenn man die Voten der Fraktionssprecher:innen beim Wort nimmt. Alle sprachen sich dafür aus, dass die Spitaldirektion zulasten der Klinikdirektor:innen gestärkt wird, dass sie die operative Führung besitzt, gegenüber den Kliniken weisungsberechtigt (nicht in medizinischen Fragen) ist und dass der Spitalrat sich auf die strategische Ebene konzentriert. Gerade bei der Krise in der Herzchirurgie war diese fehlende Kompetenzklarheit ein Hindernis zu deren Behebung, wenn auch nicht das einzige, wie etliche Redner:innen anmerkten. Diese Details werden erst am kommenden Montag behandelt und beim Ärger, den vor allem die FDP und die GLP in sich tragen, könnte es auch bei diesen Details noch tätschen.

Das Zentrum der erbitterten Auseinandersetzung, die trotz klaren Mehrheiten noch nicht definitiv entschieden ist, dreht sich um die Kompetenzen des Spitals bei Beteiligungen, Firmengründungen und vor allem bei Auslagerungen. Das hängt mit den unterschiedlichen Vorstellungen zur Bewältigung der steigenden Kosten und

Das Zentrum der erbitterten Auseinandersetzung dreht sich um die Kompetenzen des Spitals bei Beteiligungen, Firmengründungen und vor allem bei Auslagerungen.

einer guten Medizin zusammen. Während FDP und GLP sowie in der Tendenz auch die Gesundheitsdirektion das Spital mit mehr unternehmerischen Freiheiten ausstatten wollen und sich davon erhoffen, dass es sich damit im Gesundheitsmarkt und gegenüber den Privatkliniken behaupten und mit Rationierungen oder Zusammenarbeiten Kosten einsparen kann, beharrt die Linke darauf, dass das Spital Eigentum des Kantons ist und bleiben soll (Esther Straub, SP) und es vor allem zuständig für die Behandlung schwerer Krankheiten ist, deren Kosten nicht durch rentable Zusatzbehand-

lungen gedeckt werden sollen, sondern allenfalls durch die Allgemeinheit. Zudem sehen sie die Gefahr einer schleichenden Privatisierung, die vor sechs Jahren und auch in einer Volksabstimmung klar abgelehnt worden war. Dabei geht es um zwei Streitpunkte: Erstens, wer entscheidet bei welchen Summen, und zweitens kann ein Entscheid des Kantonsrats dem fakultativen Referendum unterstellt werden.

Bei den Beteiligungen und Firmengründungen setzte sich tendenziell die bürgerliche Seite durch, bei den Auslagerungen die Linke.

Zur Diskussion standen sehr unterschiedliche Schwellen: Der Regierungsrat schlug vor, dass bei Auslagerungen bis zu zehn Millionen Franken das Spital, dann er zuständig sei. Die Linke schlug ab vier Millionen Franken den Kantonsrat vor, FDP und GLP wollten der Bitte des Spitals entsprechen und bis 40 Millionen nur die Zustimmung der Gesundheitsdirektion zu verlangen. Zudem wollten sie Beteiligungen, Firmengründungen und Auslagerungen gleich behandeln.

Das Resultat der Abstimmungen: Bei den Beteiligungen und Firmengründungen setzte sich tendenziell die bürgerliche Seite durch, bei den Auslagerungen die Linke. Und erst noch mit der Forderung, dass ab vier Millionen Franken ein fakultatives Referendum möglich ist. Das sei wegen der Zeitdauer und der Vertraulichkeit unmöglich und komme einem Auslagerungsverbot sehr nahe, erklärten sehr erboste FDPler.

Ermöglicht hatte dieses Abstimmungsergebnis die SVP, die sich zum Ärger der anderen Bürgerlichen vor der letzten Sitzung der Kommission umentschieden hatte. Sie habe vor der Referendumsdrohung der SP kapituliert, beschuldigte Linda Camenisch (FDP) sie. Und Jörg Kündig (FDP) kündigte seinerseits an, dass sich die FDP ein Referendum überlegen könne, wenn dieser Entscheid bis zur zweiten Lesung nicht gekehrt werde. Da stehen also noch ein paar Auseinandersetzungen zwischen den beiden bevor.

Dabei ist die Achse SP/SVP nicht so überraschend. Geht es um grosse staatliche Betriebe, sind sie oft gleicher Meinung.

Von Grünraum bis Geflüchtete

Mehr Grün zur Hitzeminderung, ein Asphaltbrocken als Geschenk für eine Stadträtin und giftige Töne zu einigen Postulaten prägten die Sitzung des Zürcher Parlaments.

Nicole Soland

Der Zürcher Gemeinderat hatte an seiner Sitzung vom Mittwochabend lediglich zwei Vorlagen des Stadtrats auf dem Programm, dafür etliche Postulate, doch dazu später mehr. Zum Auftakt an diesem 8. März wartete die IG Frauen mit einer gemeinsamen Erklärung auf, verlesen von Tanja Maag (AL), Serap Kahrman (GLP), Cathrine Pauli (FDP), Anna-Béatrice Schmalz (Grüne), Karin Weyermann (Die Mitte/EVP) und Angelica Eichenberger (SP). Inhaltlich thematisierten die Parlamentarierinnen unter anderem die Lohnungleichheit, die zwar längst gesetzlich verankert sei. Dennoch nehme der Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen nur langsam ab. Auch die unbezahlte und grösstenteils von Frauen geleistete Care-Arbeit, die «mangelhaften und teuren Strukturen in der Kinderbetreuung» sowie Diskriminierung und Gewalt an Frauen kamen zur Sprache.

Mehr Bäume, weniger Asphalt

Sodann stand der Bericht zu einer Motion von Markus Knauss und Brigitte Fürer (beide Grüne) zur Kenntnisnahme an, die Motion sollte sodann abgeschrieben werden. Die beiden hatten «Pilotprojekte für eine klimagerechte Strassenraumgestaltung» gefordert, der Stadtrat befand, man sei schon dran. Markus Knauss nannte einige Projekte des Tiefbauamts, die «nicht klimagerecht» seien, beispielsweise die neu gestaltete Molkenstrasse im Kreis 4 oder die Martastrasse im Kreis 3: Es gebe dort nach wie vor zu viel Asphalt und zu wenige Bäume und Sträucher. Die kühle Luft vom Üetliberg dringe nicht bis zum Quartier Sihlfeld vor, die Menschen litten im Sommer unter der Hitze, die auch nachts nur knapp unter 20 Grad falle. Doch angesichts der von den Stimmberechtigten bereits angenommenen Grünstadt-Initiative und der zurzeit

bei der zuständigen Kommission pendenden Gute-Luft-Initiative sei es vertretbar, die Motion nicht weiterzuverfolgen. Schliesslich überreichte er Tiefbauvorsteherin Simone Brander aber noch einen Asphaltbrocken, damit sie künftig stets vor Augen hat, was sie nicht mehr in die Hand nehmen darf, wenn es mit der Hitzeminderung künftig schneller vorangehen soll... Gegen die Kenntnisnahme des Berichts war nur die SVP: Derek Richter sprach von einem «trojanischen Pferd» der «Triple A», was er als «Anti-Auto-Allianz» ausdeutschte. Mit 102:14 Stimmen nahm der Rat den Bericht zur Kenntnis und schrieb die Motion mit 114:0 Stimmen als erledigt ab.

Durchs Band einig war sich der Rat bei der zweiten Vorlage des Stadtrats. Es handelte sich um die «Verordnung Solidaritätsbeitrag an Opfer von fürsorglichen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981». Die vorberatende Kommission beantragte einstimmig,

Zur Erinnerung, was sie zur Hitzeminderung nicht mehr in die Hand nehmen sollte, schenkte Markus Knauss Stadträtin Simone Brander einen Asphaltbrocken.

dem Antrag des Stadtrats zu folgen. Redner:innen von rechts bis links erinnerten daran, dass man das Unrecht nicht ungeschehen machen könne. Umso wichtiger sei es, dass die Stadt mit dem Solidaritätsbeitrag von je 25 000 Franken ein Zeichen setze, dass sie das an den Opfern dieser



Ein Postulat gegen die Unterbringung 320 zusätzlicher Geflüchteter auf der momentan besetzten Hardturmbrache lehnte der Rat ab. (Sergio Scagliola)

Zwangsmassnahmen begangene Unrecht anerkenne. Die Verordnung geht nun an die Redaktionskommission, die Schlussabstimmung folgt in zwei, drei Wochen.

Giftige Töne

Bei den Postulaten zum Thema «Geflüchtete Menschen» wurde der Umgangston giftig: Für die SVP forderten Samuel Balsiger und Walter Anken eine «unbürokratische und schnelle Rückkehrhilfe für Geflüchtete aus der Ukraine». Alan David Sangines (SP) erklärte ihnen, es gebe diese Rückkehrhilfe bereits, sie funktioniere – und zuständig dafür sei der Kanton. Er gab den Postulanten darin recht, dass es stossend sei, dass der Kanton Zürich «grundlos» tiefere Beträge für Ukrainer:innen ausrichte als für andere Geflüchtete. Doch auch diese Kritik müssten die Postulanten beim Kanton anbringen, beispielsweise mit einem Vorstoss im Kantonsrat. Es nützte nichts: Samuel Balsiger setzte zu einer seiner Publikumsbeschimpfungen an (weitere sollten folgen...), Kurzfassung: «Ihr stellt euren Hass auf die SVP über das Wohl der Flüchtlinge, sonst würdet ihr unser Postulat annehmen.» Auch die Bitte des Präsidenten, das Niveau der Debatte im Auge zu behalten, fruchtete nichts. Schliesslich lehnte der Rat das Postulat mit 13:102 Stimmen ab. Dass anschliessend ein weiteres jener Postulate zu beraten war, die als Reaktion auf den Überfall von Neonazis auf eine Veranstaltung im Tanzhaus eingereicht

worden waren (P.S. berichtete), vermochte die erhitzten Gemüter erwartungsgemäss nicht abzukühlen, im Gegenteil. Es stammte von der SP- und Grüne-Fraktion und verlangte «regelmässige verpflichtende Weiterbildungen für städtische Angestellte in allen relevanten Abteilungen zum Thema Rechtsextremismus». Samuel Balsiger rechnete vor, dass es viel mehr linksextreme als rechtsextreme Gewalt gebe. Man müsse auch nicht «wegen ein paar Volltrotteln im Tanzhaus» gleich einen solchen Vorstoss machen. Dominik Waser (Grüne) entgegnete, die SVP verharmlose die Gefahr, die von Rechtsextremismus ausgehe. Und er erinnerte daran, dass Balsiger gleich nach besagtem Vorfall die Forderungen ebendieser «Volltrottel» als Postulat eingereicht habe... Denkbar knapp, mit 59 gegen 58 Stimmen (von SVP, FDP, GLP und Mitte/EVP) kam das Postulat durch. Eine weitere Niederlage fuhr die SVP sodann mit einem Postulat ein, mit dem sie den Rückzug des Baugesuchs für eine temporäre Wohnsiedlung auf dem Hardturm-Areal verlangte. Stephan Iten erklärte zur Begründung, wenn die Stadt kein Geld für die von der SVP geforderte Rückkehrhilfe für Geflüchtete aus der Ukraine habe, dann reiche es sicher auch nicht, um auf der Hardturm-Brache 320 zusätzliche Flüchtlinge unterzubringen. Zudem wolle die Bevölkerung dort ein Stadion. Mit 14:103 Stimmen ging der Vorstoss bachab.

FORUM

Leserbrief zum Artikel «Das Problem mit Hausbesetzungen» im P.S. vom 3. März

Die Häuserbewegung trägt zu einer lebenswerten Stadt bei

Bei Marco Kovic' vernichtender Kritik der Hausbesetzungsbewegung – «sie macht alles falsch, was falsch gemacht werden kann» – scheint der Furor über die Sachbeschädigungen anlässlich der Koch-Demo die Feder geführt zu haben. Eingeschlagene Schaufenster an der Langstrasse und demolierte VBZ-Stationen sind tatsächlich ärgerlich, aber der Ärger darf nicht die Sicht auf die Beiträge, die die Häuserbewegung seit 50 Jahren für positive Veränderungen in der Stadtentwicklung leistet, vernebeln.

Schon die erste Besetzung 1972 an der Venedigstrasse hat leerstehende Häuser in Zeiten der Wohnungsnot skandalisiert und postuliert, dass Eigentumsrechte nicht von sozialer Verantwortung entbinden. Diese damals nur von einigen Aktivist:innen geteilte Einschätzung ist heute in der Stadt mehrheitsfähig. Besetzte Häuser – insbesondere Grossbesetzungen wie Bäckerstrasse, Wohlgröth oder Koch – spielten seit den 1990er-Jahren eine wichtige Rolle für die Entwicklung avantgardistischer kultureller und sozialer Projekte. Hier werden in basisdemokratischen Entscheidungsprozessen neue Formen des Zusammenlebens erprobt. Der Aufbruch der Genossenschaftsbewegung zu Projekten wie Dreieck, Kalkbreite oder Kraftwerk wäre ohne die rebellische Vorarbeit der Häuserbewegung nie erfolgt.

Beim «Aufbrechen» werden manchmal Regeln gebrochen – das hat auch der damals bürgerliche Stadtrat 1989 eingesehen, als er sich zu einer «normalisierenden Praxis» im Umgang mit Besetzer:innen durchgerungen hat. Gebrochene Scheiben gehören sicher nicht dazu, aber frustbedingte Kollateralschäden nach Beendigung des zehnjährigen Zusammenlebens auf dem Koch-Areal schmälern die wichtigen Beiträge der Häuserbewegung für eine lebenswerte Stadt keineswegs.

Hannes Lindenmeyer, Zürich

Kriegsmaterialexport ist Beihilfe zum Massenmord

Die Schweiz hat im letzten Jahr, 2022, für 955 Millionen Franken Kriegsmaterial exportiert, 29 Prozent mehr als 2021. Zu einem grossen Teil wurden diese Rüstungsgüter an Staaten verkauft, die sich am Krieg auf dem Balkan, im Irak, Libyen, Syrien, Jemen, Somalia und am 20-jährigen Krieg in Afghanistan beteiligten, die Menschenrechte mit den Füßen treten, wie Saudiarabien und Katar, und an Regierungen, die sich das Recht nehmen wie die USA, Menschen mit Drohnen im Ausland zu ermorden. Viele der Staaten, die von der Schweiz mit Kriegsgeräten beliefert werden, sind durch ihre Waffenlieferungen an die Ukraine, der Schulung von ukrainischen Soldaten und der lo-

gistischen Unterstützung der ukrainischen Armee auch zu Kriegsparteien in diesem furchtbaren Krieg geworden.

Grosse Rüstungsunternehmen in der Schweiz, die einen grossen Teil der Waffenexporte bestreiten, sind in ausländischer Hand, wie der deutsche Konzern Rheinmetall (Kanonen und Munition) und der US Rüstungsgigant General Dynamics, (Mowag, Schützenpanzer). Mit den Kriegsmaterialexporten, pro Kopf der Bevölkerung gerechnet, nimmt die Schweiz einen Spitzenplatz ein, sie steht weltweit an siebenter Stelle laut den Zahlen des Stockholm Peace Research Institute SIPRI von 2010 – 2021. Kriegsmaterialexport ist Beihilfe zum Massenmord.

Heinrich Frei, Zürich

IN KÜRZE

Mindestlohn

Der Stadtzürcher Mindestlohn kommt an die Urne. Nachdem das Initiativkomitee (SP, Grüne, Gewerkschaften und Hilfswerke) die Volksinitiative «Ein Lohn zum Leben» zurückgezogen und damit dem am 1. März beschlossenen Gegenvorschlag den Weg freigemacht hat, ergreifen die GLP, FDP und SVP das Referendum. Breite Unterstützung erhalten sie dabei von Wirtschafts- und Gewerbeverbänden: In der Medienmitteilung vom 9. März sind beispielsweise der Zürcher Hotellerie-Verein oder der Verband «Arbeitgeber Zürich VZH» aufgeführt. Rund 17 000 Personen würden in Zürich vom Mindestlohn von 23,90 Franken pro Stunde profitieren. Der Gegenvorschlag sieht im Unterschied zur Initiative einige Ausnahmeregelungen vor, etwa eine Übergangsfrist für Unternehmen in finanziellen Nöten. Der Mindestlohn gilt zudem nicht für Junge unter 25 Jahren, die nicht mindestens ein Berufsattest absolviert haben. Damit will sich das Referendumskomitee – im Gegensatz zu den Initiant:innen – nicht zufrieden geben. Der «Lohn zum Leben» sei eine verschärfte Variante der linken Mindestlohn-Initiative, heisst es in ihrer Medienmitteilung, und würde eine Verlagerung des Gewerbes von der Stadt in die Agglomeration befeuern. Ausserdem, so das Referendumskomitee, untergrabe ein kommunaler Mindestlohn das Erfolgsmodell Sozialpartnerschaft und mache das duale Bildungssystem unattraktiv, da Ungelernte in eine ähnliche Lohnstufe kämen wie Mitarbeiter:innen mit einer Berufslehre. «Höchst unsozial» finden es FDP-Präsident Pärparim Avdili und Co. anscheinend, wenn mehr Lohn für Personen am Fuss der Einkommenspyramide festgemacht würde. Deshalb prüfe man parallel zum Referendum auch Rechtsmittel gegen den Gegenvorschlag. Oliver Heimgartner, Präsident der SP Stadt Zürich, ist vom Schritt der bürgerlichen Parteien nicht überrascht. «Alle haben das Recht, das Referendum zu ergreifen.» Schade findet er es trotzdem: «Meiner Meinung nach haben wir einen guten Kompromiss gefunden, und es ist bitter, dass die 17 000 Menschen, die in der Stadt zu Tiefstlöhnen

arbeiten müssen und dringend eine Verbesserung brauchen, nun noch länger warten müssen.» tim.

Femizide und Lohnungleichheit

Am vergangenen Mittwoch, den 8. März, war der feministische Kampftag respektive der Internationale Frauentag. Sowohl die Juso Winterthur als auch die SP Kanton Zürich kommunizieren per Medienmitteilung Forderungen und prangern Missstände an.



(Bild: Juso Winterthur)

Die Juso Winterthur solidarisiert sich mit allen Opfern von Femiziden – jede Woche überlebe in der Schweiz eine Frau einen versuchten Femizid, alle zwei Wochen wird eine Frau laut der Organisation «Stop Femizid» von einem Ehemann, Lebensgefährten, Ex-Partner, Bruder, Vater oder Sohn getötet. Die Dunkelziffer geschlechterspe-

IMPRESSUM

P.S., die linke Zürcher Zeitung, Auflage: 2450 Ex.

Herausgeber: P.S. Verlag, Hohlstr. 216, 8004 Zürich

Druck: CH Media Print AG, St. Gallen.

Redaktion: Min Li Marti (mlm.), Tel. 044/241 07 60 (Politik), Nicole Soland (nic.), Tel. 044/241 07 60 (Politik/Produktion), Thierry Frochoux (froh.), Tel. 044/240 44 25 (Kultur/Produktion), Tim Haag (tim.) (Volontariat).

Mitarbeit: Koni Loepfe (kl.), Tel. 044/241 06 70, Peter Weishaupt (pw./Korrektorat), Hans Steiger (haste), Tobias Gerosa (tg.), Arthur Schächli (as.), Hermann Koch (hk.), Matthias Erzinger (me.), Angela Bernetta (net.), Roxane Steiger (rst.), Sergio Scagliola (sca.).

Inserate/Abos: Anna Hug, Iris Wehrli, Tel. 044/241 07 60. anzeigen@pszeitung.ch, aboservice@pszeitung.ch.

redaktion@pszeitung.ch, www.pszeitung.ch, PC-Konto: 87-569389-2, Erscheint seit Februar 1999 wöchentlich

Abopreis: Fr. 230.– (GönnerInnen: ab 300.–), enthält 10 x jährlich die Musikzeitung LOOP. Separat-Abo: 33.–, www.loopzeitung.ch

zifischer Tötungen ist unbekannt – der Femizid wird von Statistiken und offiziellen Stellen nicht als solcher festgehalten, und die Klassifizierung eines solchen Mordfalls als Femizid lehnte der Ständerat im Jahr 2020 ab. Das Fazit der Juso: «Auf den Strassen ist es sicherer als zuhause.» Um dieses strukturelle Gewaltproblem aufzubrechen und öffentlich sichtbar zu machen, fordern die Juso eine Verdoppelung der Plätze in Frauenhäusern, Angebote und spezialisierte Ressourcen für Opfer von versuchten Femiziden, dass Femizide als separate Kategorie in Kriminalstatistiken aufgenommen werden sowie Massnahmen zur Bekämpfung von struktureller geschlechterspezifischer Gewalt. Und zuletzt auch, dass die meist nicht von Männern geleistete unbezahlte Betreuungs- und Sorgearbeit auf dem Arbeitsmarkt bei der Lohnentwicklung berücksichtigt wird.

Den letzten Punkt führt die SP in ihrer Medienmitteilung zum 8. März aus: «Es ist höchste Zeit für Lohngleichheit.» Obwohl der Grundsatz der Lohngleichheit seit 40 Jahren in der Bundesverfassung verankert ist, zeige die nationale Lohnstrukturerhebung, dass nach wie vor Differenzen beim Lohn zwischen den Geschlechtern existieren, die nicht mit objektiven Faktoren erklärt werden können – und somit potenziell diskriminierend seien. Ein Zusammenschluss von Kantonsrätinnen aus SP, Grünen, AL und GLP fordert deshalb mit einem gemeinsamen Vorstoss Lohngleichheitsanalysen in allen Zürcher Unternehmen mit mehr als 50 Mitarbeiter:innen – der Bundesversammlung lag im Rahmen der Revision des Gleichstellungsgesetzes ein solcher Vorstoss bereits vor, er wurde jedoch nur umgesetzt in Bezug auf Unternehmen mit mehr als 100 Mitarbeiter:innen. Im Kanton Zürich, wo rund ein Fünftel aller Arbeitsplätze der Schweiz situiert sind, will man mit diesem Vorstoss Verantwortung wahrnehmen. Es sei höchste Zeit, so Kantonsrätin Michèle Dünki-Bättig. *sca.*

Klima und Kreislauf

Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat ein Förderprogramm für Start-ups und gemeinnützige Organisationen, die «innovative Lösungen für eine klimaneutrale Stadt und intelligente Ressourcennutzung» entwickeln – im Umfang von 12 Millionen Franken. Das Pilotprojekt soll ab Oktober dieses Jahres bis im Herbst 2028 durchgeführt werden und einerseits einmalige und andererseits mehrjährige Beiträge an die förderwürdigen Stellen aus diesem Geldtopf finanzieren können, so heisst es in der Medienmitteilung vom 8. März. Im Fokus stehen dabei Angebote, die ein nachhaltiges Konsumverhalten und eine zirkuläre Wirtschaftsweise fördern, indem die entwickelten Technologien oder Produkte indirekte Treibhausgasemissionen senken oder zu einem schonenderen Umgang mit bereits sich im Umlauf befindenden Ressourcen respektive zu einer höheren Ressourceneffizienz beitragen. Weiter sollen Start-ups und Organisationen unterstützt werden, die Negativ-Emissionstechnologien entwickeln oder

bestehende Technologien weiterentwickeln. Der Stadtrat will damit die klimaneutrale Stadt und die intelligente Ressourcennutzung voranbringen, die im Rahmen der städtischen Umweltstrategie als Ziele festgelegt wurden. Dem Pilotprojektstart im Oktober steht nur noch eine letzte Hürde im Weg: Das Förderprogramm muss noch durch den Gemeinderat. *sca.*

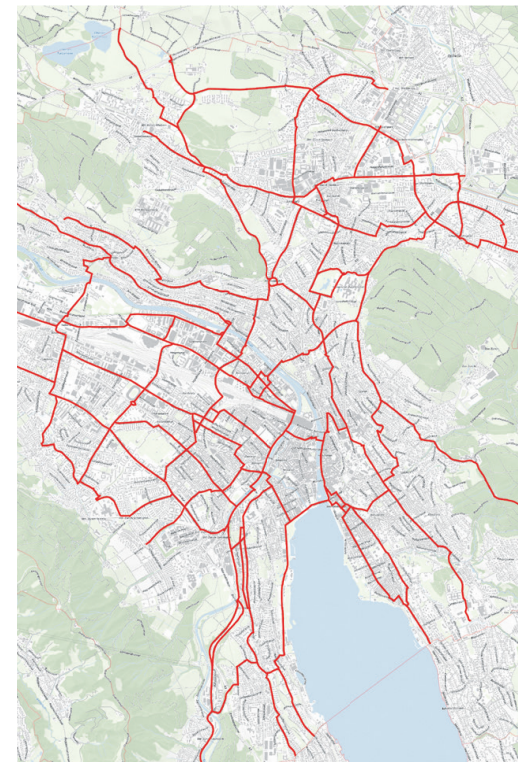
AOZ-Leistungsauftrag

Der Leistungsauftrag der Asylorganisation Zürich (AOZ) soll erweitert werden, kommuniziert der Stadtrat in einer Medienmitteilung vom 8. März. Seit August 2021 war ein Moratorium in Kraft, das der AOZ die Umsetzung neuer Drittaufträge bezüglich sogenannter Kollektivstrukturen – also Bundesasylzentren, kantonalen Durchgangszentren und Zentren für unbegleitete minderjährige Asylsuchende (MNA) – untersagte. Zukünftig soll das Moratorium nicht verlängert und der AOZ ermöglicht werden, sich wieder auf Aufträge in diesem Angebotsfeld zu bewerben, heisst es in der Medienmitteilung. Jedoch soll das mit Anpassungen geschehen, insbesondere in Bezug auf die Berücksichtigung von (neuen) Minimalstandards: Besonders im Fokus ist eine höhere Qualität der Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden, wo zukünftig anerkannte Anbieter:innen im Kinder- und Jugendheimbereich an der Leistungserbringung beteiligt sein müssen. Im Bereich der Heimpflege von MNA sollen die kantonalen Vorgaben gemäss Kinder- und Jugendheimgesetz sowie Kinder- und Jugendheimordnung gelten. Zudem müsse die AOZ jederzeit in der Lage sein, ihren Auftrag auch bei Schwankungen der Flüchtlingszahlen zu erfüllen. Der angepasste Leistungsauftrag wird nun dem Gemeinderat vorgelegt. Diesem beantragt der Stadtrat, das Postulat für einen Bericht über den Betrieb von MNA-Strukturen durch die AOZ als erledigt abzuschreiben – der Bericht zur ausserordentlichen Betriebsprüfung, den das kantonale Sozialamt verfasst hatte, zeige die aktuelle Situation auf und die AOZ ergriff bereits in Reaktion auf diese Ereignisse betriebliche und organisatorische Massnahmen zur Verbesserung der Situation. Die Forderung des Postulats sei damit erfüllt. *sca.*

Velovorzugsroute

Velofahrer:innen haben zwischen Altstetten und dem Kreis 4 demnächst eine sichere Alternative zur Badener- und Hohlstrasse zur Verfügung: Die Stadträtinnen Simone Brander und Karin Rykart haben am Mittwoch den ersten Umsetzungsschritt der Velovorzugsrouten eingeweiht. Zu den Neuerungen gehören breite Velostreifen, Vortrittsberechtigungen, Einbahnabschnitte und neue Signalisationen an Kreuzungen. «Auf der Velovorzugsroute herrscht Tempo 30 und es gibt weniger Autoverkehr – beides ist gut für die Sicherheit», findet Karin Rykart. Für den motorisierten Individualverkehr ist die Strecke der Velovorzugsrou-

te nicht mehr durchgehend befahrbar. Die Strecke zwischen Altstetten und Aussersihl soll erst der Anfang sein: «Dieser Abschnitt ist ein erster wichtiger Schritt in der Umsetzung des Volkentscheids über die Velovorzugsrouten», sagt Stadträtin Brander anlässlich der Einweihung. 45 weitere Projekte auf dem Velovorzugsroutennetz sind derzeit in Planung, wobei einige davon, zum Beispiel in Höngg, Schwamendingen und von Oerlikon nach Affoltern noch durch Einsprachen blockiert sind. Die Einwendungen werden derzeit von der Stadt geprüft. *tim.*



Das geplante Velovorzugsroutennetz der Stadt Zürich (Stadt Zürich)

Reklame



steuern-
meili.ch

Steuerberatung
Steuererklärungen
Steuerrecht
Testament & Erbe
Vorsorgeauftrag

persönlich & kompetent

info@steuern-meili.ch +41 44 201 09 31
Mutschellenstrasse 46 8002 Zürich

Lösungswort Februarrätsel: NEUTRALITAET

Waagrecht: 5. SCHINDLERS LIFTE 11. STREICH-
INSTRUMENTE 18. AMPHIBIE Froschperspektive
19. EDAMER 20. AMEISE 21. EGLISAU Fluss-
kraftwerk Eglisau 22. PRO 23. MTE 24. SCRAT Das
Hörnchen aus Ice Age 26. NUSS 27. ALF in Auseridi-
sche LebensForm 28. SMITH 30. TUEMMLER
32. LC Leichtathletik Club LCZ 33. BAEUCHE
35. Dr. DER 36. OKAY 38. LEHRMEISTER 40. ILSE
41. MALHEUR 42. OKZIDENT

Senkrecht: 1. CHEMIEMUELL 2. INCHES engl. für
Zoll 3. WENIG 4. GENERALIST 5. STAMMBAUM
6. LIBERTAER 7. STEINMETZ 8. JUDAS 9. TEM-
PORALLappen im Hirn 10. STROLCHEN 12. RAET-
SEL 13. IPSWICH 14. HITCHcock 15. SELTERS
16. RESUME 17. MAUSE 25. AUDIO 29. THREE
31. Oh LORD, won't you buy me 34. EMU franz. für
bewegt 37. KIEL 39. EIDgenoss*innen

Je zwei Eintrittskarten für die aktuellen Ausstellungen im Foto-
museum Winterthur gewonnen haben:
Ruth Anderegg Kovarik, Zürich und Hans Roth, Rheinfelden.
www.fotomuseum.ch

**Neu.
Gut.
Jetzt.**

p.s.
DIE LINKE ZÜRCHER ZEITUNG

UR[®]

www.URR.ch

Im Auftrag Ihrer Zufriedenheit!

Umzug

Transport

Einlagerung



+41 62 824 04 40

Die Medizin ist die Message

Seit einigen Wochen liegt das Buch «The Capital Order: How Economists invented Austerity and paved the Way to Fascism» der Ökonomin Clara Mattei auf meinem Nachttisch. Hinter dem etwas reisserischen Titel ist eine eher trockene wirtschaftshistorische Abhandlung über Italien und Grossbritannien nach dem Ersten Weltkrieg.

Mattei vertritt darin die These, dass die in den 1920er-Jahren aufgekommenen Austeritätsmassnahmen in erster Linie den Zweck hatten, die nach dem Ersten Weltkrieg erstarkten Arbeiterbewegungen niederzukämpfen und die kapitalistische Ordnung wiederherzustellen. Der Erste Weltkrieg habe gezeigt, dass der Markt nur beschränkt funktioniert und die vermeintlichen Naturgesetze von Angebot und Nachfrage nicht unbedingt gelten. Weil die Industrie nicht genügend Kriegsmaterial und wichtige Güter produzieren konnte, wurden in vielen Ländern wichtige Industrien verstaatlicht und zentral gesteuert.

Gleichzeitig erstarkten die Gewerkschaften und die Arbeiterbewegung. Diese stellten zunehmend grundsätzliche Forderungen. Dabei ging es nicht «nur» um bessere Löhne und Arbeitsbedingungen, sondern um eine grundsätzliche Infragestellung zentraler Pfeiler der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, nämlich das Eigentum der Produktionsmittel und das Verhältnis von Arbeit«gebern» und Arbeit«nehmern», also zwischen Lohn und Kapital. Sie kämpften also für eine grundlegende Demokratisierung der Wirtschaft. Die Arbeiterbewegung zeigte sich auch beflügelt durch revolutionäre Bewegungen in ganz Europa sowie durch die russische Revolution.

Der Staat reagierte zu einem Teil zuerst mit Reformversuchen, die die Arbeitsbedingungen und die soziale Wohlfahrt verbessern sollten. Doch statt die revolutionären Kräfte zu beruhigen, weckte dies den Appetit auf mehr. Die Reaktion – so Mattei – war sowohl im liberalen England wie

zu Wirtschaftskrisen, aber erfüllte laut Mattei den Zweck. Die ansteigende Arbeitslosigkeit schwächte die Verhandlungsmacht der Arbeiter:innen und dämpfte die revolutionäre Energie. Das Kapital gewann wieder die Oberhand.

Austeritätspolitik ist allerdings nicht eine historische Episode der Zwischenkriegszeit, sondern spätestens seit den 1970er-Jahren eine immer wiederkehrende Konstante in der Politik. Ich habe mich immer gefragt, warum eine Idee, die ganz offensichtlich nicht funktioniert, so viel politischen Erfolg haben kann. Zumal ich in meiner gewissen politischen Naivität immer noch davon ausgehe, dass nicht hinter allem eine finstere Absicht steht. Um es ganz plakativ darzustellen: Die Asienkrise in den späten 1990er-Jahren war bereits ein Lehrstück für das Nichtfunktionieren drakonischer Austeritätsmassnahmen. Was Europa nicht davon abhielt, im Nachgang zur Finanzkrise die gleichen Rezepte in Griechenland und anderen Ländern zu wiederholen.

Robert H. Wade, Professor an der renommierten London School of Economics, führt dies auf den Erfolg von neoliberalen Ökonomen zurück. Diese haben den Diskurs geprägt, und auch deshalb gilt Austerität immer noch für viele als wirtschaftspolitisches Standardrezept. So wie dies Wolfgang Schäuble 2011 gegenüber der «Financial Times» formuliert hat, wonach Austerität das einzige Heilmittel für die Eurozone sei. Diese Erzählung, wonach sich Deutschland dank Austerität und schmerzhaften Reformen vom «kranken Mann Europas» zum Wirtschaftsmotor gewandelt hat, bleibt immer noch wirkmächtig. Dies, obwohl viele Ökonom:innen darauf hingewiesen haben, dass Deutschland sich vor allem dadurch saniert hat, dass in den anderen Ländern die Schulden stiegen, befeuert durch die deutschen Banken. Markus Diem Meier und andere haben dies im leider eingestellten Wirtschafts-Blog des «Tages-Anzeigers», «Never mind the market», akribisch aufgedrösel.

Ich glaube hier sogar, dass Wolfgang Schäuble wirklich glaubt, was er sagt. Bei anderen hingegen ist es ganz klar vorgeschoben. Alan Budd, der in den Thatcher-Jahren im Finanzdepartement gearbeitet hat, soll laut Wade gesagt haben, dass die Thatcher-Regierung nie geglaubt hat, dass Monetarismus der Inflationsbekämpfung dient, auch wenn sie dies immer so dargestellt hat. Aber die Begrenzung der Geldmenge sei ein gutes Mittel, um die Arbeitslosigkeit zu erhöhen. Und eine hohe Arbeitslosigkeit schwächt die politische Macht der Arbeiterschaft. David Stockman aus der Reagan-Administration soll gesagt haben, dass man von angebotsorientierter Wirtschaftspolitik spreche, weil man nicht verkaufen könne, dass Steuersenkungen für Vermögende wirklich allen zugutekämen.

Mattei selbst schreibt im «Guardian», dass nach der Pandemie die Austerität als politisches Dis-

ziplinierungsmittel wieder aufkommt. Denn die Pandemie habe in den USA zu einer Veränderung des Arbeitsmarktes geführt. Dank Covid-Krediten hätten es sich Menschen leisten können, auf schlechte Jobs temporär verzichten zu können.

Auch in der Schweiz zeigte sich der Staat in der Pandemie grosszügig. Und jetzt scheint es klar, dass die Idee, dass Geld vorhanden ist, wenn der politische Wille da ist, entschieden bekämpft werden soll. Allen voran die neue Finanzministerin Karin Keller-Sutter. Nun ist es natürlich ein wenig die Aufgabe der obersten Kassenwartin, als Spielverderberin aufzutreten. Es scheint aber nicht ganz zufällig, welche politischen Projekte sie besonders ins Visier genommen hat, nämlich die Witwenrenten und die externe Kinderbetreuung. Man kommt nicht umhin, sich zu fragen, ob hier die Frauen diszipliniert werden sollen, die sonst

Man kommt nicht umhin, sich zu fragen, ob hier die Frauen diszipliniert werden sollen, die sonst nach dem Grosse Erfolg des Frauenstreiks allzu aufmüpfig werden könnten.

nach dem Grosse Erfolg des Frauenstreiks allzu aufmüpfig werden könnten.

Und die vermeintlich schlimme Finanzlage des Bundes gibt auch all jenen Kommentator:innen wieder Aufwind, die gerne diese «schmerzhaften Massnahmen» loben. «Es muss auch wehtun», schreibt Konrad Stähelin im «Tages-Anzeiger»: «Wer Geld ausgibt, muss auch zu unpopulären Massnahmen bereit sein. Das ist gute Politik.» Und Raphaela Birrer kommentiert zur externen Kinderbetreuung: «Der Bedarf ist folglich vorhanden – aber die konkrete Umsetzung ist zu wenig durchdacht. (...) Eine neue Sozialleistung im Umfang einer Dreiviertelmilliarde pro Jahr ist eine zu grosse Belastung für den klammen Bundeshaushalt.» Es muss also wehtun, ist die Devise. Nur im Zweifelsfall bei den anderen.

**Die Reaktion:
Das Aufkommen
einer Austeritätspolitik,
die in erster Linie den
Zweck hatte, die
politische Kraft der
Arbeiterbewegungen
zu brechen.**

im faschistischen Italien dieselbe. Das Aufkommen einer Austeritätspolitik, die in erster Linie den Zweck hatte, die politische Kraft der Arbeiterbewegungen zu brechen. Das Resultat der austeritätsorientierten Spar- und Geldpolitik führte zwar



Min Li Marti

Plädoyer für die EU

Der Ökonom und langjährige Journalist Martin Gollmer referierte am 2. März im Café Boy überzeugend für einen Beitritt der Schweiz zur EU.

Werner Kallenberger

Er sei sich bewusst, einen Beitrag zur Unzeit zu halten, da die Stimmberechtigten den EU-Beitritt zurzeit wohl überwiegend ablehnten: Das erklärte Buchautor Martin Gollmer letzte Woche anlässlich seines Referats im Café Boy, zu dem die Zürcher Sektion der Europäischen Bewegung Schweiz eingeladen hatte. Dies hänge damit zusammen, dass über Probleme und Schwächen der EU viel mehr geschrieben werde als über ihre Erfolge. Zudem werde in den Medien kaum darüber diskutiert, fuhr er fort: Man spreche und schreibe meist nur über den bilateralen Weg, das heisst über Verhandlungen mit einzelnen Staaten.

In der bundesrätlichen Lagebeurteilung vom Dezember 2022 sei der bilaterale Weg «das ausgewogenste Verhältnis von konkretem, namentlich wirtschaftlichem Nutzen und politischem Gestaltungsraum» für die Schweiz. Der Bundesrat habe dabei auch die Optionen Freihandel mit der EU, Fortsetzung des bilateralen Wegs mit der EU und Beitritt zum EWR beziehungsweise zur EU untersucht. Zudem sei momentan unklar, ob die EU überhaupt noch weitere Verhandlungen dazu mit der Schweiz aufnehmen werde.

Eine gesellschaftlich «gemischte» Bilanz

In seinem im November 2022 erschienenen Buch zur EU mit dem Untertitel «Warum es sie

braucht und die Schweiz ihr beitreten sollte,* zeigt der Autor, dass unser Staatssystem auch nach einem Beitritt zur EU direkte Demokratie, Föderalismus und Neutralität beibehalten könnte. Allerdings wären Änderungen in den Bereichen Politik, Steuern, Währung und Landwirtschaft notwendig, sagte er, ohne diese aber näher zu erläutern. Insgesamt ergäbe sich somit eine gesellschaftlich «gemischte» Bilanz. Versagt habe die EU mit ihren

In seinem Buch zeigt der Autor, dass unser Staatssystem auch nach einem Beitritt zur EU direkte Demokratie, Föderalismus und Neutralität beibehalten könnte.

27 unterschiedlichen Mitgliedstaaten etwa in der Asyl- und Migrationspolitik. So seien insbesondere die südlichen EU-Staaten an ihren Aussen Grenzen mit der grossen Zahl der Flüchtlinge überfordert. Weltweit seien Menschen auf der Flucht vor Krieg, Armut und Hoffnungslosigkeit. Unsere Schweizer Partnerorganisationen leisteten zwar humanitäre Nothilfe, medizinische Versorgung, psychologischen Beistand und Rechtsberatung für Flüchtlinge und Migrant:innen, aber leider nur ungenügend, hielt Martin Gollmer fest.

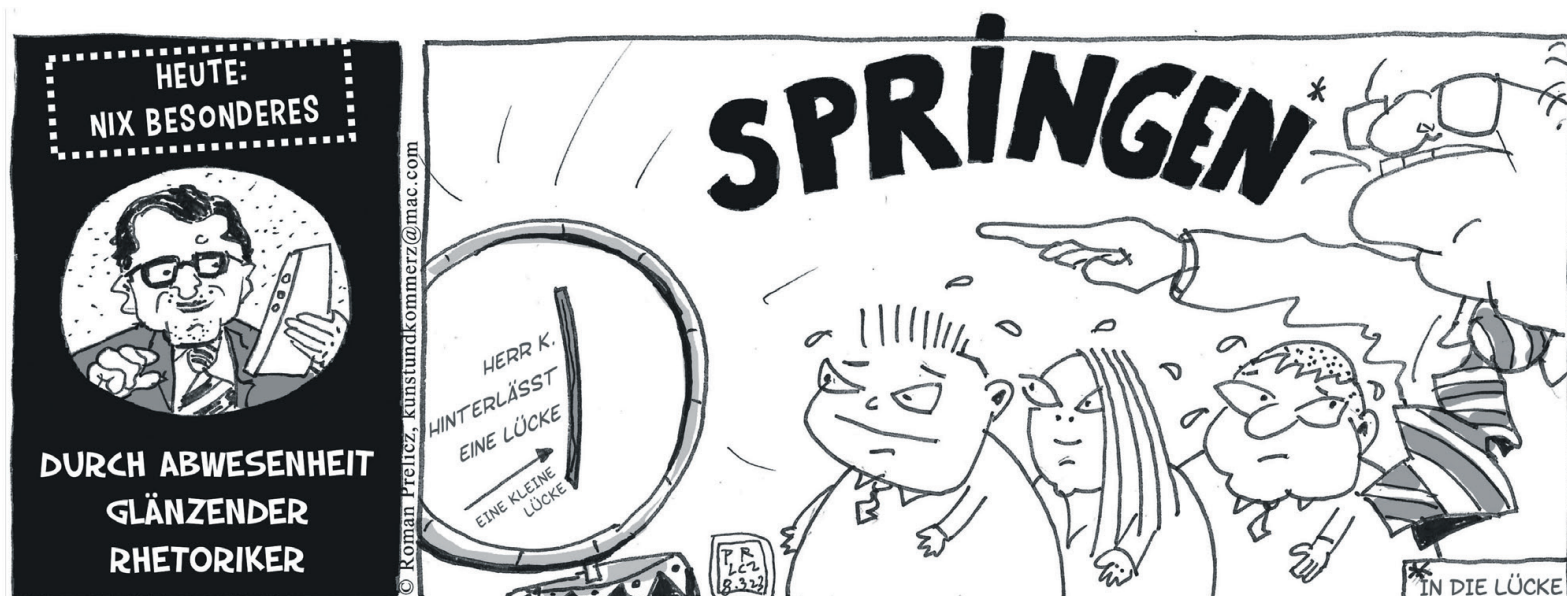
In Herkunfts- und Transitländern, bei uns, in Netzwerken der Solidarität stehe das Recht auf ein Leben in Würde zur Diskussion. So gebe es auch in der EU noch keinen Verteilungsschlüssel für ak-

zeptierte Flüchtlinge. Mitgliedstaaten wie Ungarn weigerten sich grundsätzlich, überhaupt Flüchtlinge aus der Mittelmeerroute aufzunehmen. Zudem erschwere die über die Maastricht-Kriterien von maximal 60 Prozent BIP-Verschuldung hinausgehende Verschuldung der meisten EU-Staaten eine tolerante beziehungsweise grosszügige Aufnahmepraxis. Dennoch habe die EU unter anderem massgeblich dazu beigetragen, dass wir bis zum Ukraine-Krieg in Europa vor Kriegen verschont blieben.

Der florierende Binnenmarkt mit heute über 16 Billionen Euro gehört laut dem Autor in der EU zweifellos zu den grössten Erfolgen. Er habe den Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr in weiten Teilen Europas vor allem mit dem 2002 eingeführten Euro einfacher und effizienter gemacht. Nach dem knappen EWR-Nein von 1992 stehe die Schweiz wieder am Scheideweg und wisse immer noch nicht wohin, fuhr Martin Gollmer fort. Der Bundesrat hat 2021 die Verhandlungen mit der EU über ein damals geplantes institutionelles Rahmenabkommen zu den bilateralen Verträgen abgebrochen. Somit scheint der bilaterale Weg beendet. Nach einer Denkpause unterbreitete der Bundesrat 2022 der EU aber doch ein neues Verhandlungsangebot unter Führung von Staatssekretärin Livia Leu. Bis heute erfolgte von der EU dazu keine Antwort. Schweizer Behörden und Staatsbürger:innen bleiben somit auf unbestimmte Zeit weiter auf der Suche nach einer für alle befriedigenden Lösung des zentralen EU-Problems. Dies bestätigte in der anschliessenden Diskussion auch SP-Nationalrat Fabian Molina.

* Gollmer, Martin: **Plädoyer für die EU**. Warum es sie braucht und die Schweiz ihr beitreten sollte. NZZ Libro 2022, 192 Seiten, 34 Franken, E-Book 22.30 Franken. nzz-libro.ch

Cartoon by Roman Prelicz



Angst vor der Bevölkerung

Am vergangenen Montag hat der Kantonsrat einmal mehr über mehr «Freiheiten» und «Flexibilisierungen» im Gesundheitswesen, konkret beim öffentlich-rechtlich selbstständigen Unispital, diskutiert. Ich bin immer wieder von Neuem erstaunt (und schein hier auch immer noch ein Kännchen Naivität behalten zu haben), wie wir in Zeiten von Fachkräftemangel, steigenden Krankenkassenprämien und weltweiten Beispielen von gescheiterten Privatisierungen von Service public und Gesundheitswesen immer noch ernsthaft darüber diskutieren können, ob solche Institutionen wie das USZ nicht doch noch mehr unternehmerische Freiheiten erhalten sollen. An der Spitze dieser unverbesserlichen Liberalisierer:innen steht natürlich die FDP, dicht gefolgt – wen wundert's – von der GLP. Die ansonsten eher für ihre trockene und emotionslose Vorgehensweise bekannte Neoliberalisierungsgilde zeigte sich am vergangenen Montag in überraschend gefühlsgeladener Wortwahl. Ihr war so viel daran gelegen, dass das USZ, ohne demokratische Kontrolle des Parlaments und mögliche Mitsprache der Bevölkerung durch ein fakultatives Referendum, munter Betriebseinheiten auslagern können soll. So sprach sie von der «Gefahr eines Downgrading des USZ zu einem unbedeutenden Kantons- oder Regionalspital» oder «drohendem finanziellen Fiasko für die Steuerzahler:innen». Letzteres lässt sich so wunderbar auf der Zunge zergehen, wenn wir bedenken, wie beispielsweise die Stadt Hamburg unter einem CDU-Senat ihre Spitäler 2006 an Private verkauft hatte (notabene gegen den Willen der Bevölkerung) und die stationäre Grundversorgung nun dort vor einem Scherbenhaufen steht. Der teure Rückkauf der Spitäler in die öffentliche Hand steht zur Diskussion.



Andreas Daurù,
Co-Präsident SP Kanton Zürich

Kann es sein, dass die Wirtschaftsliberalen insgeheim das Verblässen ihrer eigenen Ideologie kommen sehen und sich vor möglichen Volksentscheiden fürchten? Der Verdacht liegt nahe und wurde auch von der SVP genüsslich vorgebracht. Ja genau, von der SVP!

In dieser Sache macht sich bei der Volkspartei eine Lernkurve bemerkbar. Zusammen mit der Linken ist auch ihr der mögliche Ausverkauf der Grundversorgung nicht geheuer. Sie sieht es wie meine Fraktionskollegin Esther Straub, die es in ihrem Votum auf den Punkt brachte: Man löst die Probleme beim USZ nicht,

«Man löst die Probleme beim USZ nicht, indem man sie auslagert.»

Esther Straub

indem man sie auslagert.

Die Debatte um das Gesetz für das Unispital ist noch nicht vorüber, und in den nächsten Wochen wird sich zeigen, ob die Vernunft auch bis zum Schluss im Kantonsrat obsiegt. Ich bin zuversichtlich, nicht zuletzt hat sich die Bevölkerung 2017 gegen die Privatisierung der kantonalen Spitäler ausgesprochen. Und sollte es im Rat doch plötzlich anders kommen: Die Bevölkerung würde auch die dreisten Pläne einer Salomitaktik beim Ausverkauf der Gesundheitsversorgung durchschauen.

An dieser Stelle möchte ich mich noch bei meiner Fraktions- und Kommissionskollegin Esther Straub ganz herzlich für die gute und erfolgreiche Zusammenarbeit in den letzten acht Jahren bedanken. Du hast vieles zu einer guten öffentlichen Gesundheitsversorgung im Kanton Zürich beigetragen!

Kanton soll eine aktive Wohnpolitik betreiben

Gross sind die Schlagzeilen gewesen. Kündigungen an Schweizer:innen für Asylant:innen. Tatort war der Kanton Aargau. Hoch sind die Emotionen gegangen. Schlussendlich war es Fake-News. Bewusst oder unbewusst gestreut von einer SVP-Exponentin. Das einzige Wahre an der Geschichte: In der Schweiz haben wir in vielen Regionen Wohnungsnot. Der freie Markt hat versagt. Die Miet- und Immobilienpreise steigen stetig. Die Nachfrage stimmt nicht mit dem Angebot überein. Das Problem ist nicht nur ein Stadtphänomen, sondern im ganzen Kanton Zürich bekannt. Wird eine Liegenschaft erworben oder gebaut, ist meist die Rendite im Vordergrund und nicht ein sinnvolles Wohnkonzept. Daher ist es auch nicht verwunderlich, dass Investitionen in Liegenschaften rentieren und Wohnraum knapp und begehrt bleibt. Das Problem ist erkannt – nun ist der richtige Zeitpunkt, mit politischen Lösungen korrigierend einzuwirken.

Wohnbaugenossenschaften Schweiz (WBG) und die SP konnten zusammen mit Vertreter:innen der Grünen, AL, GLP, Mitte und EVP letzte Woche die Vorkaufrechtsinitiative einreichen. Diese Initiative stärkt die Gemeindeautonomie und erlaubt es den Gemeinden, sich ein Vorkaufrecht beim Verkauf von Liegenschaften einzuräumen. Dadurch kann die öffentliche Hand mehr und strategisch wichtige Liegenschaften erwerben und damit ihre langfristige und vorausschauende Wohnpolitik vorantreiben. Der Mieterinnen- und Mieterverband wird demnächst ebenfalls eine Initiative präsentieren, die uns vor stetig steigenden Mieten schützen wird. Auch wir Grünen sind nach längerer Vorarbeit soweit, dass wir voraussichtlich Ende März unsere Initiative zusammen mit der SP und AL lancieren. Unser Ansatz besteht primär darin, dass der Kanton eine aktive Wohnpolitik betreiben soll.



Simon Meyer,
Co-Präsident Grüne Kanton Zürich

Die Gestaltung des Wohnraums ist auch Klimapolitik. Eine grüne Wohnpolitik hilft uns, die Klimaziele einzuhalten, denn wie eine Liegenschaft gebaut, saniert oder unterhalten wird, wirkt sich auf den CO₂-Ausstoss aus. Weiter müssen wir unseren Wohnraum neu so bauen und unterhalten, dass er auch bei

Die Gestaltung des Wohnraums ist auch Klimapolitik.

wärmeren Temperaturen nicht zum «Energiefresser» wird, weil die Kühlung ständig laufen muss. Bestenfalls tragen einzelne Immobilien mittels Gestaltung der Fassade, Dächer und Aussenräume auch zu Kühlung und Erhalt der Biodiversität bei. Auch kann der öffentliche Raum aufgewertet werden, wenn Nischen für soziale Interaktionen (Bänkli, Gemüsebeete, Tischtennisplätze, etc.) geschaffen werden. All diese für die Gesellschaft wichtigen Aspekte werden bei einem Fokus auf Rendite ausser Acht gelassen.

Gerade deshalb muss der Kanton als Vertreter der Allgemeinheit eine aktivere Rolle im Wohnungsmarkt einnehmen und darf sich seiner Verantwortung nicht mehr länger entziehen. Der Wohnraum ist ein grundlegendes Bedürfnis von uns Menschen und darf folglich nicht einfach so dem freien Markt überlassen werden. Wie genau die Initiative lautet, möchte ich noch nicht verraten. Nur soviel: Dem Kanton wird ein konkreter Auftrag erteilt, eine neue Institution zu schaffen, die auf dem Wohnmarkt eine aktive Rolle einnehmen wird. Es wird ein erster Schritt zu einer neuen Form der kantonalen Wohnpolitik sein. Ich freue mich schon auf die Sammelphase.

Sexualisierte Gewalt: ««Nur Ja heisst Ja» ist nicht die Allheil-Lösung»

Die Journalistinnen Natalia Widla und Miriam Suter haben inmitten der aktuellen Debatte rund um die Reform des Sexualstrafrechts ihr Buch «Hast du Nein gesagt?» veröffentlicht. Im Gespräch mit Rahel Bains erzählt Natalia Widla, weshalb es für Opfer sexueller Gewalt so schwierig ist, Gerechtigkeit zu erfahren.

In der Schweiz ist jede fünfte Frau von sexualisierter Gewalt betroffen, aber nur acht Prozent der Fälle werden zur Anzeige gebracht. Während im Ständerat über die Reform des Sexualstrafrechts respektive die «Nein heisst Nein»-Widerspruchslösung diskutiert wird, bereiten sich die zwei Journalistinnen Natalia Widla und Miriam Suter auf die ersten Lesungen und die Vernissage ihres vor Kurzem veröffentlichten Buchs «Hast du Nein gesagt?» vor. Darin nehmen sie die Praxis der Polizei und Beratungsstellen sowie das Recht unter die Lupe. Das Sachbuch soll ein «weiteres Puzzleteil im Flickenteppich Schweiz in ihrem Umgang mit sexualisierter Gewalt an Frauen» sein.

Journalistisch beschäftigen sich die beiden schon viel länger mit dem Thema. Wiederholt haben sie von Freund:innen, Interviewpartner:innen und Bekannten zu hören bekommen, dass sie nicht wüssten, wie sie im Fall erlebter oder hypothetischer sexualisierter Gewalt verfahren sollten. Man berichtete ihnen von Notrufen, auf die nicht eingegangen wurde, Informationen, die schlichtweg falsch waren und Einvernahmen bei der Polizei, bei denen sie sich nicht ernst genommen fühlten.

Wie fühlen Sie sich, wenn Sie an einem Samstagabend die Langstrasse entlang laufen?

Natalia Widla: Ich fühle mich in Zürich grundsätzlich nicht unsicher. Doch es gibt immer wieder Momente, da gehst du an einer Männergruppe vorbei, sie rufen dir nach, du reagierst nicht, und plötzlich heisst es: «Bitch, du bist ohnehin hässlich.» Solche Momente verunsichern mich aber nicht mehr auf der gleichen Ebene wie früher. Mit Anfang 20 nagte das am Selbstbewusstsein, jetzt kann ich gut damit umgehen. Ohnehin laufe ich statistisch gesehen eher Gefahr, sexualisierte Gewalt in einer Beziehung zu erleben, als an der Langstrasse. Die ist abends an den Wochenenden ohnehin fast sicherer als sonst, weil so viele Leute unterwegs sind.

Die Geschlechterforscherin und Soziologin Franziska Schutzbach schreibt im Vorwort, die Vorstellung, dass Frauen mit «Nein» eigentlich «Ja» meinen, sei Grundlage unserer abendländischen

Kultur, das würden etwa die vielen patriarchalen Vorstellungen über Sexualität, Gewalt und Geschlecht in der griechischen Mythologie zeigen. Wie patriarchal sind diese Vorstellungen in unserer Gesellschaft derzeit?

Miriam sagte in einem Interview neulich, dass durch den feministischen Streik und die Me-Too-Bewegung das Bewusstsein für die Rechte der Frauen gewachsen sei. Aber ich sehe auch den Backlash, der gerade passiert. Zum Beispiel in Form des Andrew-Tate-Phänomens, im Zuge dessen sich ganz viele junge Männer vom frauenfeindlichen Influencern beeinflussen lassen. So erzählten mir befreundete Lehrerinnen, dass sich die Jugendlichen aus ihrer Klasse die Videos von Tate anschauen würden. Es fehlen offenbar geschlechte, gesunde Vorbilder.

Was gab Ihnen den Anstoss, dieses Buch zu schreiben?

Ich hatte mich bereits sehr lange mit dem Thema befasst. Ich kannte Betroffene, machte selber Erfahrungen mit sexualisierter Gewalt und verfasste Artikel dazu. Dann kam Miriam mit einer Anfrage auf mich zu. Ich war sofort dabei. Endlich genug Zeit, um all die Dinge zu beleuchten, die im Rahmen einer normalen Reportage nicht drin gelegen hatten. Wie der Besuch in einer Polizeischule zum Beispiel.

War es schwierig, einen Verlag zu finden, beziehungsweise das Buchprojekt finanzieren zu lassen?

Miriam hatte aufgrund eines vorherigen Buchprojekts bereits Kontakte zum Limmatverlag. Dieser fand unsere Idee gut, auch weil sie im Zusammenhang mit der Debatte rund um das Schweizer Sexualstrafrecht sehr aktuell war. Das Fundraising lief über den Verlag, dieser konnte aber keine Stiftung oder NGO finden, die das Projekt finanziell unterstützen wollten. Sachbücher sind sonst schon schwer zu finanzieren. Bei uns spielt wohl noch mit, dass das Thema zwar alle betrifft, sich aber niemand verantwortlich fühlt. Bislang haben wir an diesem Buch keinen einzigen Franken verdient.

Das Buch gliedert sich in drei Teile: Die Polizei, Opferberatungsstellen und das Recht. Wo wurden Ihnen bei der Recherche am meisten Steine in den Weg gelegt?

Ganz klar von der Polizei. Ich durfte zwar zwei Polizeischulen besuchen und war positiv überrascht. Die Dozent:innen und die Schulleitung waren offen für Gespräche und ihre Ansichten weitgehend fortschrittlich. Doch die Zugänglichkeit ging nicht weiter. Alle anderen Instanzen mauerten. Die kantonale Konferenz der Polizeidirektionen etwa liess uns mehrere Wochen auf eine Antwort warten. Und als diese dann endlich kam, umfasste sie lediglich drei Sätze. Ich habe zig E-Mails an diverse übergeordnete Stellen geschrieben, die unter anderem für den Lehrplan der Polizeischulen verantwortlich sind, und warte noch heute auf eine Antwort.

Zwei ehemalige Polizistinnen gaben Ihnen ein Interview, trauten sich aber nicht, mit ihrem richtigen Namen aufzutreten. Sie sagten auch, dass sie nach einem sexuellen Übergriff wohl keine Anzeige erstatten würden. Was würden Sie tun?

Ich würde gerne behaupten, dass ich eine Anzeige einreichen würde, aber ich kann das zum jetzigen Zeitpunkt so nicht sagen. Wenn mich ein Mann

«Ich würde gerne behaupten, dass ich eine Anzeige einreichen würde, aber ich kann das zum jetzigen Zeitpunkt so nicht sagen.»

Natalia Widla

an der Langstrasse angreift und mir sexuelle Gewalt antut, würde ich wohl eine Anzeige machen. Aber was ist, wenn der Übergriff von einem Familienmitglied ausgeübt wird? Vom Partner? Dem Chef? Dem Kollegen? Da wäre sehr viel Abhängigkeit im Spiel. Zudem ist es das eine, eine Anzeige ein-

zureichen, diese dann aber auch durchzuziehen, ist das andere. Je nachdem, wie traumatisiert du bist, brichst du den Prozess irgendwann ab.

Nicht alle porträtierten Frauen haben vor Gericht Gerechtigkeit erfahren. Weshalb gestaltet sich das für von sexueller Gewalt Betroffene als so schwierig?

Weil es ein Vier-Augen-Delikt ist. Um Gerechtigkeit zu erfahren, musst du eine Anzeige einreichen. Dafür musst du davon überzeugt sein, dass man dir glaubt. Und das ist bei einem solchen Delikt schwierig, vor allem wenn es nicht der Fremde ist, der aus dem Gebüsch springt, sondern vielleicht der Mann, mit dem du zusammenwohnst. Wie willst du den Übergriff beweisen? Du hast keine Zeug:innen, es ist Aussage gegen Aussage und es gilt die Unschuldsvermutung. Ich bin zwar froh, dass wir diese im Recht verankert haben, doch dadurch entsteht ein Dilemma, das man nicht so einfach auflösen kann. Hinzu kommt die Sache mit der Scham und damit verbundene Selbstvorwürfe: «Habe ich deutlich genug Nein gesagt?», «Bin ich falsch aufgetreten?», «War ich alkoholisiert?» Dann musst du mit fremden Menschen über das Erlebte sprechen, der Polizei etwa sehr detailliert beschreiben, in welcher Körperöffnung und wie lange du penetriert worden bist.

Wenige Wochen vor der Abgabe Ihres Manuskripts hat die Rechtskommission des Nationalrats für die «Nur Ja heisst Ja»-Regelung gestimmt. Die Kommission für Rechtsfragen des Ständerates hingegen hat sich in ihrem Entwurf für ein revidiertes Sexualstrafrecht dafür ausgesprochen, die Kernbestimmungen des Sexualstrafrechts basierend auf der sogenannten «Nein-heisst-Nein»-Lösung neu auszugestalten. Diese Woche hat der Ständerat erneut beraten. Wären Sie auch mit der «Nein heisst Nein»-Lösung zufrieden?

Im Kern macht es juristisch keinen Unterschied, ob «Nur Ja heisst Ja» oder «Nein heisst Nein» gilt. Wir dürfen nicht das Gefühl haben, dass Ersteres die Allheil-Lösung ist. Der Grund, weshalb ich trotzdem für «Nur Ja heisst Ja» bin ist, weil jede einzelne Betroffene, mit der ich gesprochen habe, sich dafür eingesetzt hat. Das sind die Stimmen, die uns interessieren sollten. Und trotzdem: Im Endeffekt haben wir dadurch noch keine Beweislastumkehr. Wenn eine Frau vernommen wird und sagt, sie habe nicht «Ja» gesagt, kann der Täter trotzdem das Gegenteil behaupten. Es wird die Unschuldsvermutung gelten, sie wird den Vorfall beweisen müssen. Wichtiger als «Nur Ja heisst Ja» oder «Nein ist Nein» ist die Ausgestaltung davon. Zum Beispiel, dass man das sogenannte «Freezing» anerkennt, also der Zustand, dass eine Person sich verbal nicht mehr wehren kann, einfriert. Oder dass auch ein «Nein», das mehrere Stunden vor der Tat ausgesprochen wurde, zählt.

Ist das auch die Antwort auf die Frage, wie sich nach der Revision des Sexualstrafrechts das Nach- und Umdenken auf gesellschaftlicher Ebene gestalten muss?



Die Opferhilfe müsste vereinheitlicht werden, ist Natalia Widla überzeugt. (Claude Hurni)

Ja. Wir sollten alle mehr über Konsens nachdenken und darüber diskutieren, was dieser eigentlich bedeutet. Egal ob du «Ja» oder «Nein» sagst – beides ist eine Konsensäusserung, die respektiert werden muss. Ein «Ja» passiert nicht immer aus freien Stücken. Eine Frau, die von ihrem Ehemann vergewaltigt wird, sagt vielleicht Ja aus Angst, er könnte ihr sonst Gewalt antun, sich scheiden lassen oder ihr die Kinder wegnehmen.

Eine Betroffene erzählte, wie sie wochenlang auf einen Termin bei der Opferhilfe warten musste. Wo liegen in diesem System die Schwachstellen?

In der Uneinheitlichkeit. In kleineren Kantonen hast du zum Beispiel eine Fachstelle, die sich um ganz viele unterschiedliche Anliegen kümmern muss und nicht auf einzelne Fälle spezialisiert ist. Die Opferhilfe müsste vereinheitlicht, eine Spezialisierung zugelassen sowie entsprechende Fachpersonen ausgebildet werden. Es sollte ein 24h-Stunden-Pikettdienst ermöglicht werden, damit sich Missbrauchsoffer auch in der Nacht an die Opferhilfe wenden können. Es braucht Geld und den Willen, die Istanbul-Konvention, das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, ernst zu nehmen.

Sie fragen sich im Buch, wie es sein kann, dass so viele Menschen negative Erfahrungen machen, während die Budgets laufend hochgeschraubt und die Lehrpläne überarbeitet werden. Ob die Fehler

bei den Institutionen, bei den Einzelnen oder doch woanders liegen. Und ob wir von Strukturen oder von prominenten Einzelfällen sprechen. Haben Sie eine Antwort darauf gefunden?

Nein. Ich glaube, dass es mittlerweile klar ist, dass die Probleme strukturell bedingt sind. Dass es sich nicht um Einzelfälle handelt, dass die Dinge grundsätzlich falsch laufen. Dass es vom Zufall abhängt, wie dein Prozess verläuft. Du kannst Glück haben und nach einem Übergriff an eine Expertin der Fachgruppe gelangen, die dich auf deine Opferhilferechte verweist. Dann findest du eine spezialisierte Opferhilfestelle, erhältst eine spezialisierte Polizistin zugewiesen und eine Opferanwältin gestellt. Es ist auch dann noch schwierig, aber dir werden nicht zusätzliche Steine in den Weg gelegt. Du kannst aber auch Pech haben und es kommt eine Person, die nicht geschult ist, die dich nicht über deine Opferrechte aufklärt, dir nicht sagt, dass du das Recht auf einen Beistand hast. Du schaffst es dadurch nicht, das Erlebte zu erzählen, gehst nach Hause und stampfst es ein. Deshalb müsste man dafür sorgen, dass Personen, die Gewalt erfahren, die gleichen Chancen haben, Gerechtigkeit zu erfahren.

Natalia Widla, Miriam Suter: Hast du Nein gesagt? Vom Umgang mit sexualisierter Gewalt. Mit Illustrationen von Jacek Piotrowski / Mit einem Vorwort von Franziska Schutzbach. Limmat Verlag 2023, 176 Seiten, 25 Franken, eBook 20 Franken.

Von der Kirche zur Schule

Die denkmalgeschützte Kirche Wipkingen steht neben der Schulanlage Waidhalde und dient ab 2026 nach einem Umbau sicher für 15 Jahre vor allem als Mensa und Mehrzweckraum der künftigen Tagesschule.

Koni Loepfe

Läuft man vom Bucheggplatz Richtung Waidspital, sieht man den Turm der Kirche, die den Hügel hinunter bis zur Limmat beherrscht. Kommt man ihr näher, ist die Anfang des 20. Jahrhunderts gebaute Kirche ein ziemlicher Mocken, durchaus imposant. Betritt man sie, ist sie überraschend klein, dafür hoch und mit schönen Fenstern versehen. Sie wird von ihrer Gemeinde seit 2019 nicht mehr als Gottesdiensthaus benutzt und steht unter Denkmalschutz, muss also erhalten bleiben.

Da die Kirchgemeinde der Stadt Zürich viele Kirchen und Kirchenhäuser und sonstige Immobilien besitzt, die für den ursprünglichen Zweck nicht mehr benötigt werden, aber gleichzeitig nicht so viel Geld besitzt, dass sie sie leer stehen lassen kann, sucht sie Partner:innen, die solvent sind und den Kirchenräumen eine gewisse Öffentlichkeit bewahren.

Heizung und Schall

Vor 14 Tagen feierte man die Umwandlung der Bullingerkirche in ein Parlamentshaus. Für Michael Hauser von der reformierten Kirchgemein-

**Für «ordentliche»
Schulzimmer
wären die Auf-
wendungen zu
hoch geworden.**

de Zürich ist die Umwandlung die Bestmögliche, wird doch im Parlament öffentlich debattiert. An der



Schule Waidhalde Kirche Wipkingen: Siegerprojekt mise en scene – Musikzimmer (Visualisierung Nightnurse Images AG)

Medienorientierung vom Mittwoch ging es um etwas kleinere Brötchen, auch wenn sich die Finanzen in ähnlichen Dimensionen bewegen. Kostete der Umbau der Bullingerkirche neun Millionen Franken, sind es bei der Kirche Wipkingen um die sieben Millionen Franken. Aus der Kirche entstehen Schulräume. Für «ordentliche» Schulzimmer wären die Aufwendungen zu hoch geworden. Einerseits ist eine Kirche recht schwer zu heizen und andererseits eignet sie sich schallmässig zum Zuhören, aber nicht für den Dialog, wie er in den heutigen Schulen üblich ist. Da aber die ausserschulische Betreuung eine grosse Rolle spielt, kann man die Kirche als Verpflegungsort, als Bibliothek und als Mehrzweckraum benutzen, wodurch Zimmer in der Schulhausanlage frei werden.

Auch in der Schulanlage Waidhalde nimmt die Schülerzahl kontinuierlich zu, wenn auch nicht ganz so stürmisch wie in anderen Schulkreisen. «Wir eröffnen jeden Sommer eine bis zwei neue Klassen», führte Schulpräsidentin Gabriela Rothenfluh aus. Die Schulanlage

**2019 ist die Stadt
Zürich für diese
Pioniertat noch
nicht bereit
gewesen.**

Waidhalden sei zwar recht gross, habe aber sehr viele und breite Gänge, die schwer genutzt werden können. Sie ist immer auf der Suche nach zusätzlichen Räumen und so kam es bereits bei der Schliessung der Kirche 2019 zu ersten Gesprächen mit der Stadt. Damals traf man sich noch nicht, führte Bauvorsteher André Odermatt aus, man sei für die Pioniertat noch nicht bereit gewesen. Im zweiten Anlauf kam es nun zum Klappen, das Resultat des Architekturwettbewerbs liegt vor.

Kirchenschiffdeckel

Das siegreiche Projekt von Vécsey Schmidt Architekt:innen funktioniert nach einem einfachen Prinzip. Das Kirchenschiff wird ungefähr auf der Höhe der Empore mit einem Deckel versehen. So entsteht darun-

ter ein Mehrzweckraum für die strikt vorgesehenen Tätigkeiten. Über der Decke wird der Raum nicht geheizt und ist offen für einiges, vor allem im Sommer. Es braucht nicht viel Fantasie, um sich vorzustellen, dass dieser Raum bei den Schüler:innen vor allem als Rückzugsort beliebt werden könnte.

Schulvorsteher Filippo Leutenegger ist selbstverständlich auch froh, dass die Schule dringend benötigten Schulraum erhält und zugleich, dass die Nutzung auch eine zeitliche Beschränkung kennt. Der Geburtenrückgang, so der Schulvorsteher, war in den letzten zwei Jahren recht drastisch und so ist es denkbar, dass in zehn Jahren wieder weniger Schulraum benötigt wird. Derzeit ist dieser zusätzliche Schulraum in bescheidenen Dimensionen aber noch dringend und wenn die Stadt die Kirche unterstützt, ist dies ja auch ein Anliegen. Die Kirchgemeinde kassiert mit 15 000 Franken pro Monat für eine leerstehende Kirche, die sie aus Denkmalschutzgründen unterhalten muss, eine sehr ordentliche Miete, um es nett zu sagen.

Gegen Mietzinsschock

Um erschwinglichen Wohnraum für Mieter:innen zu schaffen, sollen Bauherren bei Auf- und Einzonungen in Adliswil einen Drittel der damit zusätzlich realisierbaren Wohnungen preisgünstig vermieten. Nach Ablehnung einer entsprechenden SP-Motion im Stadtparlament will die SP das Begehren jetzt an die Abstimmungsurne bringen.

Arthur Schächli

In Zeiten einer sich anbahnenden akuten Wohnungsknappheit verbunden mit massiv steigenden Mieten erhält die Forderung nachgerade dramatische Dringlichkeit: Damit sich Mieter:innen mit bescheidenem Einkommen überhaupt noch Neubauwohnungen leisten können, soll bei Auf- und Einzonungen künftig ein Mindestanteil der zusätzlich möglichen Wohnungen preisgünstig erstellt und vermietet werden. Bauherren würden im Gegenzug dafür bei der Mehrwertabgabe entlastet. In Adliswil soll dieser Anteil jeweils einen Drittel der zusätzlich realisierbaren Wohnungen ausmachen, welche folglich gemäss der kantonalen Verordnung über den preisgünstigen Wohnraum zu Kostenmieten angeboten werden müssten. So jedenfalls sah es eine von der SP eingereichte und am Mittwoch im Stadtparlament von der GP unterstützte Motion vor. Die Ratslinke wollte den Stadtrat damit zu einer entsprechenden Ergänzung der Bau- und Zonenordnung verpflichten, scheiterte aber am geballten Widerstand der übrigen Fraktionen. Eine solche «Pauschalregelung» sei zu starr und bürokratisch, wirke sich kontraproduktiv auf die Wohnbautätigkeit aus und führe dazu, dass ein Teil der Mieter:innen weniger gut gestellte Mieter quersubventionieren müssten, lautete dabei der Tenor der Gegner. Jetzt will die SP das Begehren an die Urne bringen – und zwar aller Voraussicht nach mit einer Volksinitiative. Denn für eine parlamentarische Initiative bräuchte es 12 Ratsmitglieder – zwei mehr als die Motion unterstützt hatten. In der Ratsdebatte hatten die Motionäre ihren Vorstoss damit begründet, dass Mieter:innen mit bescheidenem oder auch durchschnittlichem Einkommen in Adliswil kaum noch bezahlbare Wohnungen fänden. Zwar seien in den

letzten 15 Jahren – namentlich in den Quartieren Dietlimoos und Grüt – hunderte von neuen Wohnungen entstanden oder würden noch gebaut. «Aber allesamt im mittleren, gehobenen und hohen Preissegment», wie Gemeinderat Esen Yilmaz namens der SP betonte. Immer wieder seien alteingesessene Adliswiler:innen beim Abbruch von bestehenden Siedlungen zugunsten von Neuüberbauungen, wie dies gerade Swisslife im Isengrundquartier plane, gezwungen wegzuziehen. Weil sie sich die Mieten dort oder beispielsweise auch in einer von der Swiss Re projektierten Grossüberbauung nicht leisten könnten.

Mietwohnungen in Adliswil kosten deutlich mehr als im kantonalen Mittel.

Zwar räumte der Stadtrat in seiner schriftlichen Stellungnahme ein, dass Mietwohnungen in Adliswil deutlich mehr als im kantonalen Mittel kosten und die Mieten bei Neubauten sogar über dem Durchschnitt der hochpreisigen Wohnregion Zimmerberg liegen. Von der «einseitig auf einzelne Bauprojekte fokussierten» Motion wollte er gleichwohl nichts wissen. Zweckmässiger und kostengünstiger sei es, die geforderte Massnahme nach einer Gesamtanalyse des örtlichen Wohnungsmarktes im Rahmen einer ohnehin anstehenden Revision der Bau- und Zonenordnung «zu prüfen». Und dabei je nach Situation gegen andere Massnahmen, wie etwa die Abgabe von Land im Baurecht an gemeinnützige Bauträger oder den Bau von einfachen, kleineren Wohnungen, abzuwägen.

Wie sieht die Verwaltung der Zukunft aus?

Es war weniger Medienkonferenz und mehr Einblick in einen Prozess, was Regierungsrätin Jacqueline Fehr, die Leiterin der Fach- und Koordinationsstelle Open Government Data (OGD) Laure Stadler und «Smart City Managerin» Marisa Kappeler-Schudel von der Stadt Winterthur am vergangenen Montag im Roten Turm in Winterthur vorstellten. Der Kanton Zürich bereitet sich auf ein weitläufiges Projekt vor, in dem Verwaltungsarbeit grundlegend umgewälzt werden soll: Es geht um die Verwaltung der Zukunft, wie sie aussehen könnte, was offene Behördendaten sind und welche Rolle sie dabei spielen.

Strategische Ressource

In Bezug auf Daten wird oft von ihrem Wert als Ressource gesprochen. Das steht im Gegensatz zum kommerzialisierten Wert von Daten, wie sie von Privaten gesammelt und genutzt werden – was meist auf Kritik stösst. Es geht aber darum, was mit Daten gemacht wird. Und der Kanton Zürich will aus dieser strategischen Ressource einen greifbaren, mit technischem Know-how auswertbaren Korpus an Information machen. Heisst auch: Es geht nicht um sensible Personendaten. Sondern, um bereits bekannte Beispiele zu nehmen, um Fallzahlen während der Pandemie, die automatische Fussgänger- und Velozählung im Viertelstundentakt, die bei der Stadt Zürich einsehbar ist, lokale, spezifische Wetterdaten bis auf Quartierebene – um Daten aus Umwelt, Bevölkerung, Verkehr, Energie. Gerade «live data», also Daten, die stetig und kontinuierlich eine Datenbank speisen – anstelle von statistischen Daten – ist je nach Gebiet besonders wertvoll.

Der Nutzen darin liegt auf beiden Seiten: Einerseits bei denen, die sich für die Daten interessieren, die nicht mehr dutzenden Stellen nachrennen müssen, um Datenauswertungen vorzunehmen – ob Medien, Privatpersonen oder Unternehmen, und andererseits bei der Verwaltung, wo Datensätze nicht erhoben werden müssen, wenn es schon irgendwo im Verwaltungskontext einmal gemacht wurde, nach dem Prinzip «once only». Die digitale Transfor-

mation der Verwaltung soll also im Namen der Optimierung geschehen. Oder in den Worten von Jacqueline Fehr: «Wenn wir nicht mehr in jedem neuen Feld Daten erheben müssen, sondern sie qualitativ und sicher beziehbar sind, führt das zu qualitativ wertvollen Daten und zur Effizienzsteigerung.»

Die digitale Transformation soll im Namen der Optimierung geschehen.

Obwohl die Regierungsrätin einräumt, dass die Schweiz bezüglich Umsetzung der digitalen Transformation etwas hinterherhinkt, ist man am Mediengespräch aber auch stolz, einen eigenen Ansatz gefunden zu haben. In der Schweiz existieren offene Behördendatenbanken bereits. Basel-Stadt beispielsweise hat eine zentrale Datenbank entwickelt, wo offene Behördendaten der zuständigen Stelle zugespielt, von dieser aufbereitet und dann veröffentlicht werden. Der Kanton Zürich will anders vorgehen. Laure Stadler will ein dezentral organisiertes System, wo die einzelnen Behörden, Gemeinden und sonstigen Stellen die offenen Behördendaten selbstständig in die Datenbank einspeisen können. Was auch heisst, dass die einspeisenden Behörden geschult und Datensätze so aufbereitet sein müssen, dass die Daten öffentlich gemacht werden können. Und sowohl wir als Medienschaffende als auch Sie als Privatpersonen müssten demnach auch lernen, mit einem solchen Korpus umzugehen. Etwas Zeit bleibt aber. Die digitale Transformation muss noch durch die Politik. Denn: Wie sehen die genauen Rechtsgrundlagen aus? Welche Gremien existieren (noch nicht)? Wie wird der Datenschutz sichergestellt? Und welche Daten werden von wem und wie geteilt? Die Werkstatt der Verwaltung hat Arbeit vor sich. *sca.*

Coversänger unter den Gefiederten

Er ist kleiner als ein Spatz, bescheiden im Auftritt, dafür umso stimmungsgewaltiger: BirdLife kürt den Sumpfrohrsänger zum Schweizer Vogel des Jahres 2023.

Angela Bernetta

Der Sumpfrohrsänger ist ein unscheinbarer Zeitgenosse. Er ist etwas kleiner als ein Spatz, oben braungrau gefiedert und am Bauch gelblichweiss gefärbt. Lediglich seine weissliche Kehle und der spitze Schnabel fallen ins Auge.

Von seiner Zwillingart, dem Teichrohrsänger, unterscheidet sich der kleine Vogel durch seinen Gesang. Und der hat es in sich. Ein fast ununterbrochener Schwall aus quirlenden und pfeifenden Lauten ist typisch für den kleinen Gefiederten, den man vor allem in der Dämmerung und/oder nachts hört. Was den Singvogel aussergewöhnlich macht, ist das Imitieren von Stimmen anderer Vogelarten. Wie ein gefiederter Coversänger reichert er seinen Gesang mit ihren Lauten und Tönen an.

Was den Singvogel aussergewöhnlich macht, ist das Imitieren von Stimmen anderer Vogelarten.

Die einen finden, dass es sich dabei um seine Strategie handeln könnte, den Balzgesang vielfältiger zu gestalten. Andere meinen, dass der kleine Singvogel mit dem Nachahmen von grösseren Artgenossen gefährlicher erscheinen will und so sein Revier verteidigt.

Afrika hin und zurück

Der Sumpfrohrsänger ist ein Zugvogel, der im südöstlichen Afrika überwintert. Zweimal jährlich begibt er sich auf eine je 10 000 Kilometer lange gefährliche Reise, die sich auch in seinem Gesang widerspiegelt. Er imitiert nämlich nicht nur einheimische Vogelstimmen, sondern reichert sein Repertoire mit Gesängen und Rufen jener Vogelarten an, die er auf seinem Zugweg und in seinem Winterquartier aufschnappt.

Dieser Imitationsreichtum sei in der europäischen Vogelwelt einmalig, schreibt BirdLife Schweiz. Dem geneigten Zuhörer / der geneigten Zuhörerin erschliesse sich so ein wunderschönes Konzert aus einer Variation von Rufen und Gesängen aus den europäischen Brutgebieten, gepaart mit exotischen und geheimnisvollen



Der Sumpfrohrsänger ist mit seinem Tarngefieder unscheinbar gefärbt. Dafür ist seine Stimme umso beeindruckender. (Ralph Martin)

Stimmen aus dem fernen Afrika. Bei einigen Individuen konnten Imitationen von über 200 Arten nachgewiesen werden.

Mehr Feuchtgebiete

Am wohlsten fühlt sich der Sumpfrohrsänger in feuchten Lebensräumen. Er bevorzugt dichte Büsche, Weidensträucher, Schilf von Grabböschungen und/oder Seeufer. Dort jagt er Insekten und Spinnen und baut sein Nest. Das Weibchen brütet etwa drei bis sechs Eier aus. Der Vogel hält sich meist versteckt in Buschwerk und Schilf – daher sein Name.

Da über die vergangenen 150 Jahre fast 90 Prozent der Schweizer Feuchtgebiete trockengelegt worden sind, hat der Sumpfrohrsänger einen grossen Teil seines Brutgebiets verloren. Mit 3000 bis 6000 Brutpaaren schweizweit ist der Stimmakrobat zwar nicht gefährdet, aber auch nicht wirklich zahlreich unterwegs.

Mit der Auszeichnung «Vogel des Jahres 2023» will BirdLife darauf hinweisen, die bestehenden Feuchtgebiete zu schützen, zu vergrössern und die zerstörten wieder herzustellen, damit Arten wie der Sumpfrohrsänger uns weiter mit ihrem Gesang erfreuen und mehr Raum zum Leben haben.

Laut und zusammen durch den Haupteingang

Am Dienstag veranstaltete die Unia Zürich-Schaffhausen eine Podiumsdiskussion zur Diskriminierung von Frauen in der Arbeitswelt. Fünf Unia-Aktivistinnen auf der Bühne und zahlreiche Gäste im Saal teilten Erfahrungen, Wünsche und Forderungen.

Tim Haag

Frauen verdienen in der Schweiz für dieselbe Arbeit 454 Franken weniger als Männer. Sie arbeiten öfter in Berufen mit tiefen Löhnen und tiefem Ansehen: In der Pflege, in der Reinigung, im Detailhandel, als Coiffeuse. Jede sechste Frau verdient im Monat weniger als 4400 Franken, bei den Männern ist es nur jeder Achte. Besonders betroffen sind Migrantinnen. 60 Prozent der Frauen arbeiten «Teilzeit» – oder anders ausgedrückt: Sie arbeiten nicht weniger (insgesamt arbeiten Frauen und Männer etwa gleich viel, um die 50 Stunden pro Woche), aber sie erledigen mehr unbezahlte Care-Arbeit wie Haushalt, Kindererziehung, Pflege der Eltern und Schwiegereltern (ca. 30 Stunden pro Woche im Gegensatz zu 20 Stunden bei den Männern). Die Folge: schlechtere Karrierechancen, weniger Weiterbildungsmöglichkeiten und am Ende des Arbeitslebens fast 20 000 Franken weniger Rente pro Jahr.

Selten gehört...

Diese Zahlen dürften viele Leser:innen dieser Zeitung bereits kennen. Aber: Hinter den Zahlen stehen Geschichten, die selten Gehör finden. Um diese Schicksale sichtbar zu machen, lud die Unia am vergangenen Dienstagabend, einen Tag vor dem internationalen Frauentag und hundert Tage vor dem feministischen Streik, zur Podiumsdiskussion ins Volkshaus. Auf dem Podium: Fünf Rednerinnen, die in ihrem Berufsalltag verschiedenste Formen von Diskriminierung erlebt haben und sich deshalb bei der Unia engagieren.

Eine der Frauen ist Fatima Pineiro. 2018 kam sie als Spezialistin für Labormedizin in die Schweiz, doch ihr Diplom wurde nicht anerkannt – und sowieso sprach sie nicht genügend Deutsch, als dass sie eine

Stelle in der Branche bekommen hätte. Schliesslich fand sie in einem Hotel eine Anstellung als Reinigungskraft. «Wir Putzfrauen durften nicht wie die Gäste und die anderen Angestellten durch den Haupteingang ins Gebäude, sondern mussten eine Hintertür nehmen», erzählt sie. «Die Arbeitsbedingungen waren miserabel, auf eine Festanstellung war keine Aussicht.» Dafür erlebte

«Die Arbeitsbedingungen waren miserabel, auf eine Festanstellung war keine Aussicht.»

Fatima Pineiro

Pineiro mehrmals Respektlosigkeiten oder sexuelle Belästigung von (männlichen) Hotelgästen: «Als ich beispielsweise ein Zimmer putzte, während der Gast auf dem Bett lag, fragte er mich, ob ich ihm nicht eine Massage mit Happy End geben könne.»

...auch in der Politik

Auch Sarah Akanji, die nach vier Jahren im Kantonsrat wegen sexistischer und rassistischer Zuschriften nicht mehr zur Wiederwahl antrat, sitzt auf der Bühne im Blauen Saal. Allerdings nicht als Politikerin, sondern als Fussballerin: «Während mein Bruder Manuel Fussballer von Beruf werden durfte, war für mich schon als Kind klar, dass der Fussball ein Hobby bleiben wird, weil ich eine Frau bin», erinnert sich die Verteidigerin des FC Winterthur. «Fussballerinnen, die in der Schweiz auf höchstem Niveau spielen, haben eine Doppelbelastung, weil sie



Die Unia lud anlässlich des internationalen Frauentags zur Podiumsdiskussion. Die Forderungen sind klar: Mehr Respekt, mehr Lohn, mehr Zeit. (Lea Spörri)

genauso wie die Männer trainieren, aber daneben noch hundert Prozent arbeiten.»

Nicht ernst genommen

«Für mich war Teilzeitarbeit die einzige Möglichkeit, Job und Familie auch nur einigermaßen unter einen Hut zu bringen», sagt Elina Falchi. Die Vizepräsidentin der Unia Zürich-Schaffhausen kam 1999 in die Schweiz und arbeitet als Pflegefachfrau. «Aber wer Teilzeit arbeitet, wird nicht ernst genommen.» Sprüche wie «Hattest du schöne Ferien» seien keine Seltenheit gewesen, wenn sie nach drei Tagen, in denen sie sich um ihre kleinen Kinder gekümmert hatte, wieder zur Schicht erschienen sei. «Ich fühlte mich schuldig, als sei ich weder zuhause noch am Arbeitsplatz gut genug», erzählt die Argentinierin. «Die einzigen Wochentage, an denen ich regelmässig eingeteilt wurde, waren Samstag und Sonntag.» Und an einen beruflichen Aufstieg sei bei einem 50-Prozentpensum sowieso nicht zu denken gewesen.

Die Forderungen der Frauen auf der Bühne und im Saal sind klar: Mehr Respekt, mehr Lohn, mehr

Zeit. Um diese zu erreichen, wird neben negativen Erfahrungen auch Positives ausgetauscht: Wünsche, Strategien und Erfahrungen aus erfolgreichen Mobilisierungen gegen ungerechte Strukturen. So meldet sich beispielsweise eine Frau aus dem Publikum, die sich mit anderen Reinigungsfachkräften zur Kooperative «Autonomia» zusammengeschlossen und bessere Arbeitsbedingungen für sich und die 33 anderen Genossenschaftlerinnen erkämpft hat: Ein Bruttolohn von 30 Franken, Sozialversicherung und fünf Wochen Ferien.

«Wenn Menschen im schützenden Kollektiv für etwas eintreten, dann ist das nicht nur ein schönes Gefühl, sondern kann auch etwas bewirken», weiss auch Sarah Akanji. «Ob morgen oder am 14. Juni, wir müssen diese Energie nutzen.» Dem pflichtet Fatima Pineiro bei: «Wir Frauen müssen aufhören, leise und allein zu sein, wir müssen laut und zusammen durch den Haupteingang hereinkommen. Und wenn uns unsere Chefs alle deswegen kündigen, werden sie merken, dass niemand ihre Zimmer putzt, ihre Eltern pflegt – vielleicht wird ihnen dann bewusst, dass ohne uns gar nichts geht.»



13. AHV-Monatsrente oder zielgerichtetere Sozialpolitik: Wie kommt mehr Geld ins Portemonnaie der Rentner:innen? (Urs Keller / Ex-Press)

Höhere Ergänzungsleistungen statt illusorische Initiative

Die Initiative für eine «13. AHV-Monatsrente» ist ein populistischer Missgriff. Linksgrün wäre mit einer zielgerichteteren und wirkungsvolleren Sozialpolitik glaubhafter – und sollte sich von illusorischen gewerkschaftlichen Vorgaben lösen.

Brigitte Pfiffner*

In den letzten Jahren haben SP und Grüne – meist im Gefolge gewerkschaftlicher Ideen – AHV-Initiativen mitlanciert, die durchs Band Schiffbruch erlitten. Sie haben leider auch keinen Beitrag geleistet an die Weiterentwicklung dieses Sozialwerks.

Konkret:

- 2016 wurde der Vorschlag des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds (SGB), «AHV plus» für eine starke AHV», die eine zehnpromzentige Erhöhung der Renten verlangte, abgelehnt.
- 2015 lehnte das Stimmvolk die Initiative von

SGB, SP, Grünen und EVP, «Millionen-Erb-schaften besteuern für die AHV», ab.

- 2008 scheiterte die SGB-Initiative «für ein flexibles Rentenalter ab 62».
- 2006 lehnte das Volk die «Kosa-Initiative» der SP ab, die Nationalbankgewinne an die AHV lenken wollte. (Ähnliches verlangte die SVP betreffend Goldreserven vergeblich schon 2002).
- Und 2001 erzielte die Initiative der Grünen «Für eine gesicherte AHV – Energie statt Arbeit besteuern» bei Weitem keine Mehrheit beim Souverän.

Die Initiative für 13 AHV-Renten ist nicht zielgerichtet. Ihre Annahme hätte zur Folge, dass die Gutverdiener eine zusätzliche Vollrente (derzeit 2350 Franken) erhalten und die Wenigverdiener eine zusätzliche tiefe Rente. Diese soll nicht an die Ergänzungsleistungen angerechnet werden.

Eigentlich ein Uranliegen von Linksgrün, aber ...

Es wäre doch eigentlich ein Uranliegen von Linksgrün, wenig Verdienenden zu besseren Altersleistungen zu verhelfen. Mit der Initiative wird

dieses Ziel nicht erreicht, ja konterkariert. Sie würden bewirken, dass das Gros der Altersrentner:innen, konkret: 87,5 Prozent, die ihren Lebensunterhalt mit ihren vorhandenen Mitteln bestreiten können, Zuschüsse bekämen. Das ist sozialpolitisch in keiner Weise gerechtfertigt. Von der Allgemeinheit finanzierte Leistungen sollten vielmehr dorthin geleitet werden, wo soziale Risiken bestehen. Altersarmut besteht noch, zweifellos. Ihre Verbreitung wird angesichts des Anspruchs auf Ergänzungsleistungen stark relativiert. Wenn im Nationalratssaal generell von «Ergänzungsleistungsbezügern» gesprochen wird, die «unter dem Existenzminimum» leben (Katharina Prelicz-Huber), ist dies unzutreffend. Die Armutsquoten von Selbstständigerwerbenden, von Einpersonenfirma sind höher – dort wären Verbesserungen eher am Platz.

Zweckgerichteter und erfolgversprechender als eine illusorische Initiative wäre die Forderung nach höheren Ergänzungsleistungen, die auch Unterstützung bis ins bürgerliche Lager hinein fände. Dass ich solche Ideen – gezielte Erhöhung von Ergänzungsleistungen und auch von Sozialgeld – in der NZZ lese, ist irritierend. Zielführender wäre auch die Forderung nach einer Erhöhung von Erziehungs- und Betreuungsgutschriften, die seit der 10. AHV-Revision im Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG) vorgesehen sind. Damit wäre die Pflege- und Betreuungsarbeit – die jetzt schon einzig in der ersten Säule überhaupt «angerechnet» wird, besser entgolten.

Die Initiative «13. AHV-Monatsrente» ist faktisch eine Wiederauflage der gewerkschaftlichen Initiative «AHV plus – für eine starke AHV», die

Dass ich solche Ideen – gezielte Erhöhung von Ergänzungsleistungen und auch von Sozialgeld – in der NZZ lese, ist irritierend.

eine zehnprozentige Erhöhung der AHV-Renten postuliert hatte. Sie wurde 2016 in einer Volksabstimmung mit rund 60 Prozent abgelehnt.

Überdies: 13 jährliche AHV-Renten hätten eine deutliche Beitragserhöhung zur Folge. Heute betragen die Beitragssätze AHV/IV/EO total 10,6 Prozent – zahlbar je zur Hälfte von Arbeitgeber:innen und Arbeitnehmer:innen. Schätzungen gehen davon aus, dass bei 13 jährlichen AHV-Renten die Lohnabzüge um ca. 2,6 Prozent steigen würden und auch Mehrwertsteuererhöhungen notwendig wären.

Ist dies wirklich gewollt? Bezahlen würden dies – einmal mehr – hauptsächlich die jungen Erwerbstätigen, die die jetzige Rentnergeneration ein Berufsleben lang mit höheren Beiträgen zu finanzieren hätten. Sollten nunmehr auch Teilzeit-

erwerbstätige und Wenigverdienende pensionskassenversichert sein, würden die Lohnabzüge für viele einfach zu hoch ausfallen.

Zielführendere Ideen

Anstelle einer illusorischen Initiative wären folgende Ideen zielführender:

1. Es könnte der zwar falsche, aber von der Partei «Die Mitte» zelebrierte, nun populär gewordene Begriff der «Heiratsstrafe» in der AHV der Partei «Die Mitte» entzogen werden. Es ist in der Tat so, dass sich Ehepaare benachteiligt fühlen gegenüber Konkubinatspaaren, weil sie zusammen eine plafonierte 150-Prozent-Altersrente bekommen; das Konkubinatspaar hingegen 200 Prozent. In Klammern: Man sieht nur, was man weniger hat. Was Verheiratete an Mehrleistungen haben – Verwitwetenzuschlag, Hinterlassenenleistungen u.a. – wird unterschlagen. Klammer geschlossen. Die AHV-Heiratsstrafe mobilisiert emotional, ist aber fachtechnisch nicht abgestützt. Politisch klug wäre es, von dieser emotionalen Mobilisierung auszugehen. Konkret: Es könnte die Forderung nach einer leichten Erhöhung von 150 Prozent auf 160 Prozent aufgenommen werden – wie von der Mitte vorgeschlagen. Denn ein Haushalt zu Zweit, ob Ehe oder Konkubinatspaar, kostet weniger als zwei Einzelhaushalte. Diese Erhöhung würde und müsste dann aber auf alle Zusammenlebenden ausgedehnt werden. Der Einwand von bürokratischem Mehraufwand könnte leicht mit dem Hinweis auf die Praxis der SBB bei Familien-Generalabos entkräftet werden. Nur unter Vorweisung des Alleinlebens mit Wohnsitzausweis würde eine Rente von 100 Prozent ausbezahlt.
- Konzertierte Vorstösse auf Bundesebene auf Erhöhung des Betrags für den allgemeinen Lebensbedarf bei den Ergänzungsleistungen bzw. auf Kantons- und Gemeindeebene auf höhere Sozialhilfefzahlungen. Solches wäre zielgerichteter und schneller umsetzbar als die Forderung nach 13 AHV-Renten im Jahr, die grossmehrheitlich diejenigen überfinanziert, die ausreichende Mittel zur Verfügung haben.
2. Im Interesse von Linksrün müsste doch auch eine bessere Alimentierung der AHV sein. Es müsste versucht werden, die schädlichen Auswirkungen der Unternehmenssteuerreformen (USR) auf das Beitragssubstrat der AHV zu beheben. Leider konnte der unsorgfältig formulierte Vorstoss Funicello (Dividenden der Sozialversicherungsbeitragspflicht unterstellen) vom Bundesrat mit Leichtigkeit abgelehnt werden. Zu Recht monierte er, dass Kapitalerträge nach dem AHVG nicht beitragspflichtig sind (Art. 5 AHVG). Daher haben nur parlamentarische Vorstösse eine reelle Chance, Mehrheiten zu finden, wenn gefordert würde, dass Dividenden nur insoweit als beitragspflichtige Einkommen qualifiziert werden, als sie eine angemessene Rendite des

eingebrauchten Kapitals übersteigen. Eva Herzog, Basler Ständerätin, hat diesen präziseren Vorstoss kürzlich lanciert.

Und noch etwas: Höhere Lohnbeiträge und höhere Mehrwertsteuersätze belasten auch tiefe Einkommen, weshalb nicht stets der «Ausweg» zur Finanzierung von Sozialversicherungen herangezogen werden sollte. Zu hohe Lohnabzüge begünstigen Schwarzarbeit. Vielmehr müssten Überlegungen angestellt werden, wo in der AHV «Nichtrisiken»

Höhere Lohnbeiträge und höhere Mehrwertsteuersätze belasten auch tiefe Einkommen, weshalb nicht stets der «Ausweg» zur Finanzierung von Sozialversicherungen herangezogen werden sollte. Zu hohe Lohnabzüge begünstigen Schwarzarbeit.

finanziert werden. Nur zwei Stichworte: Decken Seniorenkinderrenten noch soziale Risiken ab? Und: Ist die fehlende Beitragspflicht nichterwerbstätiger Verheirateter ohne Pflege-/Erziehungspflichten noch angebracht? Entsprechen die Anspruchsbedingungen für Witwenrenten noch den heutigen gesellschaftlichen Verhältnissen?

* Brigitte Pfiffner, Mitglied der Grünen, a. Bundesrichterin

INITIATIVE FÜR EINE 13. AHV-RENTE

Die Initiative des SGB «Für ein besseres Leben im Alter (Initiative für eine 13. AHV-Rente)» im Wortlaut:

- 1 Bezügerinnen und Bezüger einer Altersrente haben Anspruch auf einen jährlichen Zuschlag in der Höhe eines Zwölftels ihrer jährlichen Rente.
- 2 Der Anspruch auf den jährlichen Zuschlag entsteht spätestens mit Beginn des zweiten Kalenderjahres, das der Annahme dieser Bestimmung durch Volk und Stände folgt.
- 3 Das Gesetz stellt sicher, dass der jährliche Zuschlag weder zu einer Reduktion der Ergänzungsleistungen noch zum Verlust des Anspruchs auf diese Leistungen führt.

Der Bundesrat hat den eidgenössischen Räten beantragt, die Initiative Volk und Ständen ohne direkten Gegenentwurf und ohne indirekten Gegenvorschlag zur Ablehnung zu empfehlen. *nic.*

Fake News, Fantasy und Hörphantom aus Südwest

Samstag, 11. März

8.30 SWR: «**It's never too late.**» Christoph Drösser fragt, wie Erwachsene neue Sprachen lernen. Kinder saugen fremde Sprachen auf wie ein Schwamm, wenn sie etwa mit ihrer Familie ins Ausland ziehen. Akzentfrei und grammatisch korrekt. Erwachsene aber...

11.00 DLF: «**Viel zu viel Vieh.**» Die niederländischen Landwirte suchen Auswege. Kerstin Schweighöfer in der Reportage-Reihe Gesichter Europas. Bisher haben auch sie voll auf eine Hochleistungs-Landwirtschaft gesetzt, angetrieben von Banken und Supermärkten. So wurde das kleine Land im Rheindelta nach den USA zum zweitgrößten Agrarexporteur der Welt. Dass das auf Kosten von Tierwohl, Natur und Gesundheit der Menschen geschah, wurde in Kauf genommen. Bis die sogenannte Stickstoffkrise die Regierung zwang, das Ruder herumzureissen. Oder es zumindest zu versuchen...

17.00 SWR: «**Zeitgenossen.**» Christian Zschke, NY-Korrespondent der «Süddeutschen Zeitung». Als er nach New York kam, wurde Trump zum Präsidenten gewählt. Mit feiner Beobachtungsgabe, Humor und Sprachwitz habe er den politischen Wahnsinn analysiert, steht in der Vorschau, und nun in «Hell's Kitchen» auch ein Buch vorgelegt, das erkläre, «warum die Dinge dort sind, wie sie sind.»

19.00 SWR: «**Finkbeiners Geburtstag.**» Krimi von Hugo Rendler. Ein eiskalter Killer, ein Bankräuber und ein Junkie sind aus der JVA Stuttgart-Stammheim geflohen und rasen mit einem gekaperten Taxi in Richtung Schweiz...



20.00 DLF: «**Pisten**» von Penda Diouf. Ausgezeichnet als Hörspiel des Jahres 2022. Aus der Begründung der Jury: Diouf erzähle «von tief-sitzenden, körperlichen wie seelischen Wunden, die nur schwer bis

gar nicht verheilen», auch weil von ihnen nach wie vor zu wenig gesprochen werde. Ihr autobiographischer Theatermonolog gehe unter die Haut, «und in der herausragenden Hörspielfassung, inszeniert von Christine Nagel und gesprochen von Abak Safaei-Rad, noch viel mehr». Die französisch-senegalesisch-ivorische Autorin und Schauspielerin habe ihre eigene Geschichte mit der Geschichte und Gegenwart von Kolonialismus und Rassismus sowie dem Widerstand dagegen verbunden. Beispielfähig erwähnt wird eine Szene, «als ihr beim Karneval im Gegensatz zu den anderen Kindern die schwarze Farbe im Gesicht verwehrt wird, weil sie ja schon Schwarz sei», oder die Verabschiedung von ihrem von Rassisten in Frankreich ermordeten Onkel in der Leichenhalle.

21.00 SRF 2: «**Gegenwartsstimmen, elektronisch verwoben.**» Vokalperformance I in Musik unserer Zeit.

22.00 DLF: «**Klangforschung und Laptop-Gitarre.**» Der Münchener Avantgardist Gunnar Geisse. Yvonne Petitpierre

porträtiert ihn im Atelier neuer Musik. Gleichzeitig bei SWR 2 Kultur die Jazztime: «Fels in der Brandung.» Henry Altmann über den US-amerikanischen Schlagzeuger Pete La Roca. Und nach 23 Uhr folgt hier bis 2 Uhr: «Die Erzählung der Magd Zerline» von Hermann Broch in einer Hörspielfassung von Christian Jauslin mit Maria Becker und Klaus Zehelein, produziert 1987 vom Schweizer Radio.

23.00 DLF: «**Von schlechten und sehr schlechten Leuten.**» Eine Lange Nacht mit Filmen von Fritz Lang. Gestaltet von Martina Müller. «Sagt mir doch bitte, wohin ich genau sehen soll, damit ihr kein Glanzlicht im Monokel habt.» Das funkeln Monokel war sein Markenzeichen, noch bevor er seinen ersten Film drehte...

Sonntag, 12. März

8.30 SWR: «**Fake News und die grosse Vertrauenskrise.**» Science Talk mit dem Medienwissenschaftler Professor Bernhard Pörksen. Nach den Lügen Donald Trumps, den Verschwörungstheorien zu Corona und den Fake-News zum Ukraine-Krieg sei klar: Wir befinden uns in einer Vertrauens- und Wahrheitskrise, die überwunden werden muss.

9.30 DLF: «**Auserzählt?**» Von leeren Blättern und Literatur ohne Narrativ. Ein Essay von Angela Steidele über das Erzählen in sich wandelnden gesellschaftlichen Kontexten. «Wer will noch fiktional erzählen, wenn er sich mit Aluhutträgern, Verschwörungsideologien oder Reichsbürgern gemein macht? In Russland und China demonstrieren Todesmutige mit unbeschriebenen Blättern: Taugt gegen die grotesken Fiktionen nur noch das Anti-Narrativ der Leere?»

11.00 SRF 2: «**Zwei mit Buch.**» Care-Arbeit, und kein Ende. Es geht um «Wovon wir leben» von Birgit Birnbacher.

12.00 SWR: «**Säkularisierung bei Zwergen, Elben und Zauberern?**» Kirsten Dietrich über Fantasy und Religion.

12.40 SRF 2: «**Musik für einen Gast.**» Heute mit Flaka Jahaj, Modedesignerin.

13.30 DLF: «**Zwischentöne.**» Musik und Fragen zur Person. Géraldine Schwarz, Publizistin. Sie arbeitete aktuell journalistisch für eine Nachrichtenagentur in Paris, bis sie auf einen dunklen Flecken in ihrer Familiengeschichte stiess: Ihr deutscher Grossvater hatte 1938 im Zuge der so genannten «Arisierung» ein jüdisches Unternehmen erworben und sich später geweigert, Überlebende der weitgehend in Auschwitz ermordeten Familie des Eigentümers zu entschädigen.

14.00 SWR: «**Das Phantom des Hörspiels.**» Erik Bauersfeld. Feature von Martina Gross. «It's a trap!» Mit diesem Satz wurde der US-amerikanische Radiopionier berühmt. Er sprach ihn als Admiral Ackbar in der Star-Wars-Serie und erlangte damit Weltruhm. Den hätte er allerdings eher für sein Radioschaffen verdient.

15.00 SRF 2: «**Querschnitt durch die Basler Fasnacht.**» Bettina Dieterle führe – in nun

nur noch einer Stunde – «durch die vielseitigen lokalen, nationalen und internationalen Sujets, die von den Cliques, Guggen, Wagen und verschiedenen Gruppen ausgespielt werden.» Und beim Deutschlandfunk in Rock et cetera: «Kulturelle Verbeugung mit Eingeweihten.» Die niederländisch-türkische Band Altin Gün.

16.30 DLF: «**Gebt mir einen Talk, keine Blumen!**» Anneke Meyer über Frauenkarrieren in der Wissenschaft. Der zweite Teil.

18.20 SWR: «**Das Schneckengrabhaus.**» Hörspiel von Denijen Pauljevic. Ramisa, eine Romni aus Serbien und ehemals angehende Lehrerin, wird von ihrer Wut überwältigt: Die Stadt München hat keinen Platz für Menschen wie sie. Und macht genau dort weiter, wo Neonazis und der Bürgermeister in Belgrad aufgehört haben. Seit neun Jahren lebt sie in der Stadt. Nun wurde ihr Asylantrag wurde abgelehnt. Sie wird dableiben und kämpfen. Der Friedhof, auf dem sie einen Ein-Euro-Job als Putzhilfe verrichtet, könnte Zuflucht bieten.

20.00 DLF: «**Unmögliches denken.**» Der Science-Fiction-Schriftsteller Arthur C. Clarke. Feature von Rainer Praetorius.

23.00 SWR: «**Über die Euphorie.**» Ein Essay gegen Müdigkeit. Simone Hirth lote aus, «was Euphorie noch ist und sein kann und wo man sie findet, zwischen Quarantäneregulungen, Säbelrasseln, Erderwärmung und grosser Alltags-Müdigkeit». Tipp vorab: Drogen helfen nicht, Jammern bringt uns ebenso wenig weiter, Kunst und Kultur dagegen können wirken!

Montag, 13. März

8.30 SWR: «**Erfolgreich gegen Mietwucher.**» Aureliana Sorrento zum sozialen Wohnungsbau in Wien. Danach startet die Musikstunden-Wochenserie: «Los Angeles – Klang einer Stadt.»

14.00 SRF 1: «**Zundelheini und Zundel-fritz**» von Fritz Zaugg und andere Narreteien mit Mathias Gnädinger und Herbert Leiser aus dem Archiv.

15.00 SWR: «**Unterwegs in Uschorod.**» Die vierte Reportage von Christiane Seiler aus einer Stadt im Westen der Ukraine.

15.30 SWR: «**Der schwarze Mönch.**» Novelle von Anton Tschschow. Lesung in vier Folgen.

Dienstag, 14. März

8.30 SWR: «**Wie Pellet-Kraftwerke den Klimawandel anheizen.**» Thomas Kruchem über einen Holzweg.

15.00 SWR: «**Wie eine Kröte die Politik beschäftigt.**» Ernst-Ludwig von Aster mit einer Geschichte über Artenschutz und Wohnungsbau.

19.15 DLF: «**Dr. WHO auf dem Drahtseil.**» Die Weltgesundheitsorganisation im Spannungsfeld der Grossmächte. Feature von Christian Buckard und Daniel Guthmann. Folge zwei einer vierteiligen Corona-Serie.

20.00 DLF: «**Casanovas Ende.**» Hörstück nach einem Versdrama von Marina Zwejtewa.

Mittwoch, 15. März

8.30 SWR: «**Warum Allergien zunehmen.**» Julia Smilga zu Pollen, Feinstaub, Umweltgiften.

10.00 DLF: «**Schaffen wir es noch einmal?**» Wenn Freiwillige bei der Geflüchteten-Hilfe fehlen. Live aus dem «Bunten Haus» in Gescher im Münsterland.

15.00 SWR: «**Sprachnachrichten zwischen Teheran und Mannheim.**» Shirani und Mehrdad über die Proteste im Iran. Es berichtet Martina Senghas.

20.00 SRF 2: «**Pionierinnen.**» Carla Henius und Cathy Berber in der Musik unserer Zeit. Und beim DLF: «Der Jesuitenpater Jakob Marell und die Knaben.» Stefan Zednik zur Frühgeschichte des sexuellen Missbrauchs.

20.30 DLF: «**Lesezeit.**» Marc Sinan liest aus «Gleissendes Licht», einer Familiengeschichte zwischen drei Kulturen.

21.00 DLF: «**Patzer-Performance.**» Kabarett aus der Pannentropole Berlin.

Donnerstag, 16. März

15.00 SWR: «**Am Spinnrad.**» Lothar Nickels über die Wollfrauen in der Eifel.

20.00 SRF 2: «**Musikstadt Winterthur.**» Eine Hommage an Werner Reinhart.

20.30 DLF: «**Durch die Nacht der Grossstadt.**» Matthias Dell unterwegs mit einem der letzten Zeitungshandverkäufer Berlins.

Freitag, 17. März

8.30 SWR: «**Die Alte Lisel und ihre Gaunerbande.**» Carolin Hoos über Diebinnen im 18. Jahrhundert.

10.00 DLF: «**Immer mehr digitale Kommunikation.**» Wie hat sich das Arbeitsleben nach drei Jahren Corona verändert?

15.00 SWR: «**Mit den Flügeln schlagen.**» Vom Übergang ins Erwachsenenleben. Feature von Serotonin.

20.00 DLF: «**Schön, Sie nicht kennenzulernen!**» Die Regeln des unpersönlichen Bekanntenkreises. Feature von Fritz Tietz. Gleichzeitig setzt SRF 1 seine Reprise von «Hunkelers Geheimnis» fort. Und bei SRF 2 geht es in der «Passage» um Langston Hughes, Zora Neale Hurston und die Harlem Renaissance. Zweitausstrahlung am Sonntag nach 15 Uhr.

22.00 SWR: «**20. Nacht der Poeten.**» Ein Abend der komischen Literatur.

DLF/Deutschlandfunk – 100,6 und 105,1 MHz. SWR/Südwestrundfunk 2 – 90,4 und 97,9 MHz auf UKW sowie in digitalen Kanälen und Netzen. **Die allermeisten dieser Sendungen finden sich auch im Podcast-Angebot!**

Zuneigung

Eine Gewissheit ist leichter zu ertragen, wenn sie sich nicht sichtbar manifestiert.

Halim (Saleh Bakri) ist der Letzte seiner Art. Seine meisterhafte Fingerfertigkeit im goldgewirkten Besticken von Kaftanen hat er traditionell von seinem Vater gelernt, wie dieser schon von seinem. Die Moderne mit ihren Produktionsmethoden, der um ein Vielfaches höhere Preis dieser zwei Monate Arbeit in Anspruch nehmenden Handarbeit und die Konsumgewohnheiten der Kundschaft bedrohen diese Tradition in ihrer Existenz. Maryam Touzani wählt eine kleine Schneiderei in einer marrokanischen Medina für ihre sanft zwischen Hoffnung und Schmerz entlangwiegende Erzählung «Le bleu du caftan». Fürs geschäftliche, also auch den Umgang mit der überheblich-undankbaren Kundschaft, ist Mina (Lubna Azabal) zuständig. Ihr Verhandlungsgeschick changiert gekonnt zwischen geduldig ertragend und dezidiert zurechtweisend. Wer den Wert der Arbeit nicht erkennen kann, hat es auch nicht verdient, eine solche Preziose zu tragen. Das Leben des Paares ist hart. Dann und wann frequentiert Halim das Männerbad mit einschlägigen Absichten. Erst als sie vor lauter Arbeit einen neuen Burschen oder Lehrling benötigen, der mit dem Berbersohn



Youssef (Ayoub Missioui) auch noch ein ausgesprochen auf Halims Reize anschlagender schöner Jüngling ist, beginnt sich die Eifersucht in Mina festzufressen. Obschon die beiden Männer ihr Begehren ausser in Blicken und selteneren Berührungen ihrer Hände während der Arbeit im Zaum der Keuschheit behalten. In Mina frisst aber auch der Krebs und statt teures Geld für eine ohnehin ausweglose Behandlung auszugeben, bestimmt sie, ihr bisschen Besitz nicht dafür zu verschleudern. Die Liebe zwischen Halim und Mina sitzt tief. Ihr zärtlicher Umgang miteinander ist ein Extra in einer ausserordentlich sinnlichen Bildsprache. Ihr Respekt und die Zuneigung ist von den fleischlichen Bedürfnissen Halims nicht bedroht, aber so offen vor Augen geführt, will Mina nicht vorgeführt haben, womit sie längst lebt. *froh.*

«Le bleu du caftan» spielt im Kino Movie.

Filmzauber

Steven Spielberg erzählt ältlich, aber hinreissend vom eigenen Werden und dem des Kinos.

Der Trick ist die Illusion, die einprägsame Wirkung, der nachhallende Effekt einer Erzählung. Das lernt Sam Fabelman (Gabriel LaBelle) bereits während seines allerersten Kinobesuchs, als die Eltern Mitzi (Michelle Williams) und Burt (Paul Dano) den verschüchtert-ängstlichen Knaben begeistert mit den neuesten technischen Möglichkeiten vertraut machen wollen. 1952 war dies Cecile B. DeMilles «The greatest show on earth». Sam ist paralysiert und hat von Albträumen geplagte, schlaflose Nächte. Bis ihm zu Chanukka eine elektrische Eisenbahn geschenkt wird und er mit Vaters Super-8-Kamera den monströsen Aufprall zwischen Auto und Zug nachstellen, filmen und verstehen, also verarbeiten kann. Es ist die Geburtsstunde einer lebenslangen Begeisterung. Die Aufbruchsjahre eröffnen dem begabten Elektroingenieur Burt Fabelman Chance um Chance für den beruflichen Aufstieg. Die Familie wächst, derweil Mitzi ihrer Pianistinnenkarriere nachzutrauern beginnt. Immerhin, den sogenannten Onkel Boris (Judd Hirsch) müssen sie nach dem Umzug nach Kalifornien nicht missen, denn Burt ist dort der Chef, also kann er rekrutieren, wen er will. Ste-



ven Spielberg schert sich in «The Fabelmans» keinen Deut um Zeitgeistigkeit. Das Tempo ist sehr bedächtig, die Narration gradlinig. Aber während sich Sam von Film zu Film tricktechnisch weiterentwickelt und Spielberg damit dem Publikum wie nebenher aufzeigt, wie was funktioniert (hat), wenn auf der Leinwand ein Effekt zu sehen sein soll, entfremdet sich das Familienidyll immer weiter. Denn am Schneidetisch erkennt Sam ebenfalls, dass Film auch aufnehmen kann, was sich im allgemeinen Verhalten vergleichbar trickreich unter der Decke behalten lässt. Als Teenager entdeckt der schwächliche Prügelknabe für die coolen Jungs auch die Kraft der Manipulation von Bildern, woraus er seine eigene Stärke schöpft. Filmzauberer-zählkunst der alten Schule. *froh.*

«The Fabelmans» spielt in den Kinos Abaton, Alba, Arena, Corso, Houdini.

Rollenkorsett

Haiders Tierwitz ist richtig schlecht, aber die Pointe trifft den Nagel auf den Kopf.

Eine Mücke und ein Huhn verlieben sich. Beide sterben. Warum? Weil Liebe tötet. Haider (Ali Junejo) ist der jüngere Sohn einer Grossfamilie in Lahore. Sein Bruder Saleem (Shail Sameer) und dessen Gattin Nucchi (Sarwat Gilani) erwarten gerade ihr viertes Kind, während Haiders Ehe mit Mumtaz (Rasti Farooq) bislang kinderlos geblieben ist. Weil Haider keine Arbeit findet und Mumtaz Bräute in einem Schönheitssalon schönsminkt, verrichtet er im Grosshaushalt zusammen mit Nucchi die häuslichen Pflichten. Für den Bruder wie den gebrechlichen Vater (Salmaan Peerzada) ein unhaltbarer Zustand, weil unmännlich. Die Nachbarschaft tuschelt schon lange. Saim Sadiq entwickelt mit «Joyland» ein Gesellschaftsbild Pakistans, in dem strenge Sitten und Ehrvorstellungen die alles bestimmende Norm sind,



wogegen jede individuelle Freiheit zurückstehen muss. Das Verhaltenskorsett zwingt die Nachbarswitwe Frau Fayyaz (Sania Saeed) genauso dazu, ihr persönliches Glück nicht weiter zu verfolgen wie auch die Frauen in der Familie und natürlich Haider, entlang dessen Entwicklung Saim Sadiq den Haupterzählstrang flicht. Durch Vermittlung findet er Arbeit als Backgroundtänzer für Biba (Alina Khan), die sich divenhafte Madame nennen lassende trans Frau im Erotiktheater. Die Aussicht auf ein hohes Einkommen und die Notlüge, er wäre Tourmanager, lassen die innerfamiliären Kritiker:innen verstummen. Wissend totschweigen ist eine augenscheinlich weit verbreitete Methode, um keine Konflikte heraufzubeschwören. Die Heimlichkeiten der gegenseitigen Anziehung zwischen Haider und Biba wird schnell offensichtlich, jenes des Ehearrangements zwischen Haider und Mumtaz wird länger gehütet. «Joyland» sprüht vor melancholischer Schönheit trotz unerträglicher Schicksalsschwere, der keine Einzelfigur allein entkommen kann. Jede steckt im eigenen engen Korsett fest. Der Mann, die Frau, die trans Person. Nur Schwule darfs nicht geben. *froh.*

«Joyland» spielt im Kino Movie.

Unbeteiligt

Christopher Rüping traut uns keine verstörende Erschütterung durch Sarah Kane zu.

Das letzte Fragment der chorischen Sprechfläche in Sarah Kanes «Gier» lautet sehr wohl «glücklich und frei», meint aber entgegen der szenischen Rückeroberung des Lebens, wie sie uns Christopher Rüping präsentiert, vielmehr die Erlösung einer Todessehnsucht, wie sie sich die Autorin sechs Monate nach der Uraufführung des Stücks erfüllte. Die Heftigkeit der Turbulenzen von zeitgleich jäh durcheinander rasenden Sätzen der Ausweglosigkeit und des Zwanghaften einer sich anbahnenden Psychose, wie sie die vierstimmige Vorlage mit der Wucht einer Naturkatastrophe über ihrem Publikum auskippt, wird hier in eine emotionale Nichtbeteiligung verkehrt. Die künstlich dazugesellte fünfte Figur (Wiebke Mollenauer) zelebriert leinwandfüllendes Method-Acting mit Mimik allein und streut in regelmässigen Abständen An-



(Orpheas Emirzas)

flüge groben Unfuges ein, wie es Teenager im Fotoautomaten zu tun pflegen. Christopher Rüping inszeniert auch die vier Stimmen – Sasha Melroch, Steven Sowah, Maja Beckmann und Benjamin Lillie – als wären sie Figuren, deren Unterscheidung als eine Hilfestellung anzunehmen wäre, was aber allein für zutreffend angenommen werden kann, wenn der Plan lautete, die textimmanente verstörende Erschütterung einer kompletten emotionalen Überwältigung bis nahe ihrer Unkenntlichkeit abzuschwächen. In dieser Form hinterlässt einen «Gier» völlig unbeteiligt. Die Stimmen stülpen Masken über und verdoppeln die Sexualitätsproblematik von Vergewaltigung, Missbrauch und Gefühlsleere mit stereotypen Kopulierandeutungen, das Streichertrio fährt hinunter in den Graben und wieder hinauf auf die Bühne, auf einem Teleprompter fährt der Text vorbei. Es passiert zu viel auf Christopher Rüplings Bühne, was insgesamt als Ablenkung anstelle einer Fokussierung auf die elendige Misere wirkt. Dabei würde ich doch dem Inhalt gemäss lieber durchgeschüttelt, überfahren und wieder ausgekotzt. Emotional bewegt eben. *froh.*

«Gier», bis 29.4., Schauspielhaus, Zürich.

Wahljahr

Michael Elsener vermengt mehrere seiner Formate zu einer Partizipationsempfehlung.

Als Gastgeber, oder heisst das schon Entertainer, sind die Qualitäten Michael Elseners unbestritten und augenscheinlich auch seine grösste Stärke. Im Herbst sind Wahlen auf Bundesebene, und die überwiegende Mehrheit der Stimmberechtigten wird sich wie immer in nobler Zurückhaltung üben. Sein Zielpublikum sind also die vornehmlich Unpolitischen, was aus seiner unbedingt unterhaltensamen Lehrstunde in Staatskunde eine regelrechte Politshow macht. Bekanntlich muss der Köder ja dem Fisch schmecken, und diesbezüglich könnte «Alles wird gut» weitherum zu einem Genuss verlocken. Pädagogisch und didaktisch, oder heisst das schon um den Finger wickeln, verfügt er über eine ausgeprägte Begabung, und auch die Multimedialität seiner Präsentation spielt gekonnt mit der offenbar sinkenden Aufmerksamkeitspanne. Aus der eigenen Haltung macht er insofern keine Mördergrube, als sich seine Lieblingsvorführmodelle in Sachen Parteien samt und sonders in einem erkennbaren Range bewegen. Indem er sich selbst auch als fehlbar, bequem und inkonsequent outet, bricht er die vermeintliche Hürde der eigenen Informationspflicht auf eine locker zu passierende



Michael Elsener (Philippe Hubler)

Bodenwelle hinunter, wofür sich ihm gemäss jede Anstrengung lohnt, vor allem mit Blick auf die gesamte Erdkugel und die dringlich zu lösenden Fragen. Politisches Kabarett im herkömmlichen Sinn will «Alles wird gut» gar nicht sein, wenngleich sich einige durchaus brisante Spitzen in seinen Text geschlichen haben. Es würde nicht verwundern, wenn das Programm bis zum Wahlsonntag die beschränkte Kapazität von Kleinkunsthörsälen in Richtung potenziell grenzenloser Reichweite von Social Media verlassen würde. Dass es ihm ernst ist mit seinem Aufruf zur aktiven Teilnahme, steht zu keinem Zeitpunkt infrage. Dass er dafür die politische Komplexität teils stark vereinfacht, ist wohl die raffiniert verkleidete Werbemethode, ein Bedürfnis zu suggerieren. *froh.*

«Alles wird gut», bis 12.3., Theater Hechtplatz, Zürich.



(Raffael Soppelsa)

Kleingeister

Verlogenheit, Neid und Missgunst sind die Ursachen für das vermeintliche Ausdrucksverbot.

Vor der Pause keimt die Hoffnung auf, «Shitstorm für Anfänger*innen» von Roman Riklin und Michael Elsener könnte einen richtiggehend bissig boshafte Verlauf nehmen, doch die Abkürzung in die Harmoniesauce lag dem Autorenduo offenbar näher. Letztlich passt das aber zur Konfliktscheu ihrer Figuren, die sich reihum lieber bis zur Unkenntlichkeit einer Eigenständigkeit verbiegen, als Rückgrat zu beweisen. Mit der NGO «Green Forest» zielt das Stück auf Schadenfreude gegenüber einem vermeintlich «achtsam-

keitsverseuchten» Milieu, konterkariert damit aber unbemerkt die eigentliche didaktische Absicht, die Problematik von «Blackfacing» eindringlich zu vermitteln. Regisseur Stefan Huber hält sein Ensemble auf gleichbleibender Distanz zueinander und schickt sie lieber Kulissen schieben als aufeinander los. Die vier Örtlichkeiten liessen sich auch ohne Umbauten auf der Bühne ausreichend erkennbar etablieren, was den Schauspieler:innen Raum für ihre darstellerische Leistung liesse. Denn diese ist zuletzt der einzige Lichtblick in einem verknorzt wirkenden Lehrstück, das keines sein will, sich aber dennoch einer Analyse verpflichtet fühlt.

Diego Valsecchi als toxischer Cis-Hetero-Mann Ruben hat eine Glanzstunde, während sich der Quotenschwarze – im Stück wie auf der Bühne – Patrice (Foscky Pueta) mit einer leidlich dümmlichen, tuntigen Duckmäuserrolle bescheiden muss, ergo offenbar von seinem Züribergelternhaus jedes Realitätssinns beraubt worden ist. Julienne Pfeil als Chefin Dunja ist als schlagender Beweis für eine geglückte Frauenemanzipation prima besetzt: Vor allem überfordert und häufig schreiend, stellt sie eine Karrieristin dar, die entgegen jeder Eignung auf ihrem Stuhl sitzt. Aaron Hitz als Kevin ist der Clown der Runde, was er jedoch darstellerisch ganz offensichtlich auszunutzen versteht. Gemein ist allen Figuren ihre penetrante Kleingeistigkeit. *froh.*

«Shitstorm für Anfänger*innen», bis 26.3., Casinotheater, Winterthur.

Springinsfeld

Ein Autor und seine Figur streiten sich über Kern, Sinn und Ziel einer Geschichte.

Es gibt ungefähr x Perspektiven, unter denen «Das Doppel» von Jens Nielsen eine überaus reizvolle Erweiterung des gemeinen menschlichen Horizonts ermöglicht. Und das ohne Drogen. Denn Rausch, das weiss der Autor wie die Regisseurin Martha Zürcher, lässt sich auch allein in einem Kopf herstellen. Thesen, verworfene Ansätze, bedauerte Auslassungen, Bedenken, Vorlieben und Fragen zur Logik ergänzen sich, vor allem wenn sie über Kreuz und überlappend in raschem Wechsel und hohem Tempo gedacht – hier: gesprochen – werden, zu einer Substanz, die sich gerade durch ein angestrenktes Bemühen um ihre Fassbarkeit in sturme Selbstüberforderung kippen und demnach ein Hirn genauso wie ein Herz benebeln kann. Dabei ist die Ausgangslage ganz einfach. Mann sucht Frau. Aber was von den Dreien ist jetzt das zentrale Thema? Jens Nielsen als grüblerischer Autor mit einem Hang zur Boshaftigkeit und zugleich zu romantischen Kitschbildern verändert mit jedem neuen Gedanken die Ausgangslage für Peter Hottinger als seine Figur, der seinerseits recht störrisch darauf beharrt, ein Eigenleben zu führen, also selbstständig Entscheidungen fäl-



(Bernhard Fuchs)

len zu wollen. Je nachdem, ob Mann, sucht oder Frau der grösste Anteil an einer (möglicherweise sowieso unmöglichen) Entwicklung zugestanden wird, verändern sich alle Parameter, was das Treffen überhaupt einer Annahme bis hin zu einem kryptischen Komplettdurcheinander verkompliziert. Christian Käufeler bläst derweil in seine vier Saxophone, weil die Umgebung einen nicht zu unterschätzenden Anteil an der Stimmung hat. Urban klingt anders als ländlich, verloren wiederum nicht wie verbohrt. Wie ein Blick in die Gedankenwelt eines Springinsfeld während seiner ungestümen Suche nach der nächsten, weiteren, besten Idee, wobei er vor lauter neuen Eindrücken auf der Reise gern einmal vergisst, wozu er überhaupt aufgebrochen war. Sehr amüsant! *froh.*

«Das Doppel», bis 11.3., Theater Ticino, Wädenswil.

Zauberhaft

Wer braucht Spektakel, wenn virtuoses musikalisches Erzählhandwerk geboten ist?

Nach dem tiefen Eintauchen in die Geschicke eines Teils des Personals aus Emil Zopfis «Der Untergang des Delphin» erklärt der Erzähler Markus Keller, das Glauser Quintett hätte eine Auswahl der darin verhandelten Schicksale treffen müssen, «sonst sässen wir noch um Mitternacht hier» – was jetzt aus Zuhörerperspektive ehrlich gesagt eine überaus reizvolle Vorstellung wäre... Die Sturmfahrt über den Walensee in einer Dezembernacht des Jahres 1850 wird von Markus Keller und den Musikern Martin Schumacher und Daniel R. Schneider (Komposition) in einer einfach erscheinenden, aber umso wirkmächtigeren Weise dramatisiert, dass das Abtauchen, sich darin Verlieren eine helle Freude ist. Hochtrabende Hoffnungen von Rückeinwanderer:innen, missmutige Launenhaftigkeiten von Heizern, sich selbsterfüllende Prophezeiungen von Hafenwärtern und allerhand Spelunkenspekulationen ergeben ein auf richtig uriges Gesamtbild einer zurückliegenden Zeit, die bereits vieles vornewegnimmt, das sich als zeitlos erweisen soll, weil der Mensch Mensch ist. Ein kindliches Ausmalen einer Zukunft in den schillerndsten Farben eines von der Mutter ausge-



(Palma Fiacco)

malten Paradieses kollidiert mit dem bereits dann-zumal dominierenden Hang zur Effizienz, wenn Kapital und Eile, also Effizienz mit im Spiel ist. Drei Stunden Verzögerung würde es bedeuten, um die sturmerprobte und viel grössere «Splügen» unter Dampf zu nehmen. Da liegt es näher, die Augen vor der Wirklichkeit zu verschliessen und sich entgegen besseren Wissens dem Irrglauben hinzugeben, der Sturm werde schon nicht bis ins Tal runter und schon gar nicht in der veranschlagten Überfahrtzeit wüten. Die Musik verstärkt sowohl einzelne Emotionen und Stimmungen, wie sie auch Wetter und Bedrohungslagen nachfühlbar in eine den Text nicht bloss begleitende sondern mit ihm eine eigentliche Ergänzung bildende Spannung verwandelt. Wär gut auch länger auszuhalten. *froh.*
«Der Untergang des Delphin», 5.3., Theater Stok, Zürich.

Genau und fein

«Siegfried» ist packend genau, erstaunlich unterhaltsam, verständlich und schön gesungen.

Die Opernhauschefs Andreas Homoki und Gianandrea Noseda setzen ihre «Ring des Nibelungen»-Serie von Richard Wagner fort. Siegfried kennt die Furcht nicht. Mit der Überheblichkeit des Jugendlichen macht er passend, was ihm nicht passt – egal ob sein Ziehvater Mime (den ersticht er, obwohl Wolfgang Ablinger-Sperrhacke ihn grossartig singt und spielt!), sein unwiderstehliches Schwert Nothung schmiedet er sich selber und nach fünf Stunden erobert er sich Brünnhilde, die nur von einem grossen Helden aus ihrem Feuerkreis geholt und geweckt werden kann. Die Bühne von Andreas Schmidt dreht wieder vom einen zum andern grossbürgerlichen Salon. Waren sie in den ersten Teilen gleissend weiss, ist jetzt, wo die Macht der Götter schon angekratzt ist, alles schwarz und die Möbel überdimension-



(Monika Rittershaus)

niert. Viel liegt aber in dem, was zwischen den Figuren abläuft, da ist die Regie exemplarisch genau. Diese Figuren wissen, was sie warum singen und spielen. Nur singen und stehen gibt es nicht. Das macht die Handlung nicht nur verständlicher, sondern auch spannender. Das funktioniert wunderbar, weil Wagner hier nicht heisst, möglichst laut zu schreien. Dirigent Gianandrea Noseda hat wohl eine Vorliebe fürs schnarrende, tiefe Blech, lässt das grosse Orchester aber sehr differenziert spielen und gibt den Sänger:innen so die Möglichkeit, ungewohnt lyrisch, ja zart und unforciert zu gestalten: Ein Riesengewinn, weil Camilla Nylund als Brünnhilde und vor allem Klaus Florian Vogt als Siegfried nie zu forcieren brauchen und ihre Annäherung im Spiel und im Singen ein spannendes Annähern aneinander wird. Ein auch über fünf Stunden spannender, genauer Abend, der in seiner märchenhaften Naivität allerdings mehr als in den vorangegangenen Teilen eine Idee bleibt, was mit dieser Geschichte um die Macht über die Welt eigentlich erzählt werden will. Vielleicht erfährt man es im November im vierten und letzten Teil. (tg)

«Siegfried», bis 26.3., Opernhaus, Zürich.

Standortbestimmung

Auch ich habe nach den Kantonswahlen eine Standortbestimmung durchgeführt. Das war gar nicht so einfach, weil ich grad das Gefühl habe, dass mir der Standort allerorten wegrutscht. Stand zu fassen ist schwierig, egal, ob man die GLP und die FDP wirtschaftspolitisch auseinander halten kann. Nehmen wir zum Beispiel die Energiepolitik: Nachdem endlich alle eingesehen haben, dass wir nicht mehr Milliarden für fossilen Dreck ins Ausland schaufeln, sondern uns einheimisch und erneuerbar versorgen sollten, was gut für die Umwelt, die Versorgungssicherheit, die Wirtschaft und fürs nationale Gemüt wäre, wird das von Ölbert Röstli und Konsorten flugs in eine Aktion «Au fein, hauen wir ein paar Naturschutzgebiete in die Pfanne!» umfunktioniert. Und schon ist man in der Defensive («so haben wir das nicht gemeint») und findet sich im falschen Lager wieder, zusammen mit denen, die Windrädli schon immer daneben fanden. Dasselbe beim Militär. Dass wir die Ukraine unterstützen müssen, ist komplett unbestritten. Aber dass dies subito dazu benutzt wird, eine Rüstungs- und eine Neutralitätsdebatte anzureissen, aber nicht fertig zu debattieren, obschon beide, um im Jargon zu bleiben, heikle Minenfelder sind, die man lieber nicht unter Stress abhandeln sollte, ist nicht hilfreich. Wem es wirklich um Hilfe geht, der könnte sich meinem Vorschlag anschliessen, unser Armeebudget ein, zwei Jahre der Ukraine zu überweisen,

zur freien Verfügung. Das ist neutralitätspolitisch neutral, denn wir schancen ja den Russen mit dem Öl- und Gashandel, der über Firmen in Zug und Genf läuft, ebenfalls Milliarden erträge zu. Unsere Armee wird dafür solange aufs Eis gelegt, denn die Demokratie wird bekanntlich heuer in der Ukraine verteidigt. Dass notabene unser ungebrauchtes Gaskraftwerk, das eine halbe Milliarde Franken gekostet hat, in Birr unnötig, aber in der Ukraine dringend nötig ist, wurde auch schon erwähnt.

Die wahre Front verläuft nicht zwischen Mann und Frau oder zwischen Jung und Alt, sondern immer noch zwischen Arm und Reich.

Oder dann die Altersvorsorge. Nachdem sich jetzt alle einig sind, dass die 2. Säule nicht funktioniert, weder bei den zu erzielenden Renditen noch bei den Verwaltungskosten noch bei den Tieflohnerinnen noch bei den Teilzeitarbeitenden, werden nur noch alte Reflexe bedient, die da sind: länger arbeiten und tiefere Renten auszahlen. Die Frauen werden mit dem aktuellen Vorschlag der bürgerlichen Parlamentsmehrheit einmal mehr verarscht – vom verweigerten AHV-Teuerungsausgleich wollen

wir gar nicht reden –, und der Elefant im Raum wird weiterhin ignoriert. Nämlich, dass es eine neue Einnahmequelle braucht, egal ob eine Erbschaftssteuer 2.0, (die fairste, liberalste und naheliegendste Lösung), eine Finanztransaktionssteuer oder was auch immer. Man will nicht einmal darüber diskutieren. Denkverweigerung wo man hinguckt. Aber die wahre Front verläuft nicht zwischen Mann und Frau oder zwischen Jung und Alt, sondern immer noch zwischen Arm und Reich. Und wer das systemfremd findet, weil die 2. Säule schliesslich keine Solidar-Kuschel-Institution sei, der kann sich ja der Idee anschliessen, sie aufzulösen und die AHV damit zu alimentieren. Ich hab immer noch kein schlüssiges Argument dagegen gehört.

Mir schwirrt der Kopf. Dass akute Krisen dazu instrumentalisiert werden, um sein eigenes Süppchen darauf zu kochen, damit muss man in der Politik immer rechnen, das mach ich ja auch. Aber irgendwelche pervertierten Ideen, siehe Beispiele oben, erpresserisch als Lösung zu bezeichnen, ist miese Küche. Nicht alles kann als «Standortbestimmung» gerechtfertigt werden.



Markus Kunz



Bitte ausfüllen und
einsenden an:
P.S. Verlag, Hohlstrasse 216,
8004 Zürich oder
aboservice@pszeitung.ch

Ich bestelle

- Probeabo 5 Wochen kostenlos Jahresabo für 230 Franken
 Gönnerabo ab 300 Franken Abo für Menschen mit wenig Geld, 100 Franken

Name / Vorname _____

Strasse / Postfach _____

PLZ / Ort _____